



# Die Krise des Imperialismus und der „Europäische Frühling“

Redaktion der Zeitschrift  
„Kommunismus“

Verlag Leo Jogiches

# Die Krise des Imperialismus und der 'Europäische Frühling'

Herausgeber:  
Redaktionskollektiv 'Kommunismus'

Juni 2015

Verlag Leo Jogiches

Herausgeber: Redaktionskollektiv, Verlag Leo Jogiches  
V.i.S.d.P.: H. Sand, Solmsstr. 32, 60486 Frankfurt a.M.  
Kontakt: [kommunismus@safe-mail.net](mailto:kommunismus@safe-mail.net)

## Inhaltsverzeichnis

S.5 - Einleitung

S.7 - I. Der Imperialismus und die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems

S.19 - II. Der Kampf des deutschen Imperialismus um Europa

S.47 - III. Zur Rolle des Reformismus in der allgemeinen Krise des Kapitalismus

S.79 - IV. Der 'Europäische Frühling'

S.93 - V. Sozialreform oder Revolution?

# Einleitung

Der deutsche Imperialismus beherrscht heute ganz Europa. Mit EU und Euro, auf dem "friedlichen" Wege des Kapitalexports, der ökonomischen und politischen Durchdringung anderer Staaten hat er wesentliche Punkte seiner "Mitteleuropa"-Strategie erfolgreich umgesetzt, die bereits seinen Kriegszielen in den beiden Weltkriegen zugrunde lag. Der Glaspalast der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main hat heute die preußische Pickelhaube als Symbol für die neokoloniale, deutsche Herrschaft über Europa – zumindest vorübergehend – abgelöst. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems, der Folgen der letzten Überproduktionskrise – vor allem in Gestalt der "Austeritätspolitik" – und dem Ausbau der deutschen Vorherrschaft haben sich die gesellschaftlichen Widersprüche in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland, Italien und anderen europäischen Ländern zugespitzt. Im Zuge dieser Zuspitzung sind neue politische Kräfte wie Syriza in Griechenland oder "Podemos" in Spanien aufgestiegen, in die Millionen Menschen in Europa ihre Hoffnung auf ein Ende der Merkel-Sparpolitik und einen antikapitalistischen Wandel setzen. Syriza hat die Wahlen in Griechenland Anfang 2015 gewonnen und führt jetzt die griechische

Regierung. Podemos und der irischen Sinn Féin werden Erfolge bei kommenden Wahlen vorausgesagt. Einige Kräfte aus der politischen Widerstandsbewegung in Deutschland sehen einen "Europäischen Frühling" beginnen. Was ist von diesem "Frühling" aus der Sicht des revolutionären Kampfes zu halten? Wie hängen die Klassenkämpfe, die sich heute in den europäischen abhängigen Ländern entwickeln, mit der Lage des Proletariats in Deutschland zusammen? Welche ist die Strategie der Imperialisten, insbesondere des deutschen? Inwiefern sind die stattfindenden Kämpfe Ausdruck der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems und wohin führt diese Krise? Und wie muss revolutionäre Politik in diesem Gesamtkontext aussehen?

*Redaktionskollektiv der Zeitschrift "Kommunismus"*

Juni 2015

# I. Der Imperialismus und die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems

Die in der Einleitung aufgeworfenen aktuellen politischen Fragen lassen sich unserer festen Überzeugung nach nur mit Hilfe der wissenschaftlichen Weltanschauung des Proletariats, dem dialektischen und historischen Materialismus, richtig einordnen und wirklich verstehen. Zentral für das Verständnis der heutigen Situation ist dabei die marxistisch-leninistische These der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems. Um diesen ML Begriff nachzuvollziehen – als Voraussetzung dafür, selbständig seinen Wahrheitsgehalt kritisch zu überprüfen – ist es unumgänglich, seine Herleitung und damit faktisch wesentliche Teile der politischen Ökonomie zumindest skizzenhaft nachzuzeichnen.

Der Grundwiderspruch des Kapitalismus ist der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter des Produktionsprozesses und der privatkapitalistischen Form der Aneignung der Produkte: Die gesellschaftlich organisierte Arbeit wird im Kapitalismus durch

die Arbeiterklasse verrichtet, die nichts besitzt außer ihrer Arbeitskraft. Sämtliche Produkte dieser Arbeit eignet sich die Kapitalistenklasse in Form von Maschinen, Fabrikgebäuden, Rohstoffen, Konsumtionsgütern usw. an. Die Arbeiterklasse verkauft ihre Arbeitskraft, die eine Ware ist, an die Kapitalistenklasse und erhält dafür den Wert ihrer Arbeitskraft. Der Wert jeder Ware ist bestimmt durch die darin enthaltene gesellschaftliche Arbeit. Der Wert der Arbeitskraft ist für jeden Arbeitstag geringer als das Wertprodukt der Arbeit dieses Tages. Die Differenz ist der **Mehrwert**, der bei der Kapitalistenklasse verbleibt und die Quelle ihrer Bereicherung ist. Kapital ist also ein **gesellschaftliches Verhältnis**: Kapital ist Wert, d.h. geleistete Arbeit, die zur Ausbeutung neuer Arbeit dient. Das Verhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist der grundlegende Klassengegensatz des Kapitalismus<sup>1</sup>.

Der Kapitalismus beinhaltet den Zwang jedes Kapitals nach **Akkumulation**, d.h. Neuinvestition des aus den Arbeitern gepressten Mehrwerts als Kapital und Erweiterung der Produktion: Arbeit, die von den Arbeitern unentgeltlich geleistet wurde, wird von den Kapitalisten eingesetzt, um mehr Arbeit auf höherer Stufenleiter auszubenten und damit noch mehr Mehrwert zu erzielen.

Der Drang, den Mehrwert im Verhältnis zum eingesetzten Kapital zu steigern, zwingt die Kapitalisten dazu, die Produktivität

<sup>1</sup>Das gesellschaftliche Verhältnis erscheint dabei als Verhältnis von Sachen: Es erscheint in der Warenproduktion und im Kapitalismus so, als sei die Geldfunktion eine innere Eigenschaft von Gold oder Banknoten; als werfe die Maschine den Gewinn ab; als "arbeite" das Kapital, das in Geldform bei einer Bank liegt oder in Aktien angelegt ist usw. Marx bezeichnet dieses Auseinanderfallen von Wesen und Erscheinung der beschriebenen Verhältnisse im "Kapital" als *Warenfetischismus*.

ihrer Betriebe fortlaufend weiterzuentwickeln. Insbesondere zwingt er sie zur permanenten Revolutionierung der technischen Basis der Produktion, zur Weiterentwicklung der Produktionsmittel usw.

Die kapitalistische Akkumulation führt in Verbindung mit dem Konkurrenzkampf zwischen den Kapitalisten auf der einen Seite zu **Konzentration** und **Zentralisation** des Kapitals: Vergrößerung der Einzelkapitale durch Wachstum und Verschmelzung verschiedener Kapitale zu Einzelkapitalen als Ergebnis des Konkurrenzkampfes, durch "feindliche Übernahmen" u.dgl.

Der Drang nach beschleunigter Akkumulation, nach schnellstmöglicher Neuinvestition und Verwertung von Mehrwert führt zur Entwicklung des Kreditwesens und der Banken, die letztlich schneller wachsen als das Industriekapital. Das Bankkapital sucht jeden verfügbaren Cent – bis hin zu den Ersparnissen der Arbeiterklasse – an sich zu ziehen und als Kapital zu investieren. Eingesetzt wird also zunehmend nicht mehr "eigenes", sondern fremdes, gesellschaftliches Kapital.

Mit dem Vordringen von Konzentration und Zentralisation des Kapitals entstehen kapitalistische Monopole. Das Bankkapital ordnet sich infolge der überproportionalen Entwicklung des Kreditwesens das Industriekapital unter und wird zum **Finanzkapital**, das sich wiederum die nicht-monopolistischen Teile der Bourgeoisie unterwirft. Der Kapitalismus tritt ins Zeitalter des monopolistischen Kapitalismus, des **Imperialismus** ein. Die Monopole nehmen den bürgerlichen Staat in Besitz, der zum zentralistischen Apparat in ihrer Hand wird und zusätzlich zur wachsenden Repressions- und militärischen Expansionsfunktion auch immer mehr ökonomische Funktionen für das Finanzkapital übernimmt (staatsmonopolistischer Kapitalismus).

Auf der anderen Seite führt die kapitalistische Akkumulation zur wachsenden **organischen Zusammensetzung** des Kapitals: Der Anteil der Maschinen, Rohstoffe, etc. an jedem Kapital wächst im Verhältnis zum Kapital, das in Arbeitskraft angelegt wird. Maschinen und Rohstoffe schaffen im Produktionsprozess keinen neuen, zusätzlichen Wert, sondern können immer nur den Wertanteil in die neue Ware übertragen, der ihrem Verbrauch entspricht. Da der Mehrwert nur aus der Ausbeutung lebendiger Arbeit entspringt, führt die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals zum **tendenziellen Fall der Profitrate**: Das Verhältnis des Mehrwerts zum vorgeschossenen Gesamtkapital sinkt. Für eine gegebene Masse an Mehrwert muss im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung tendenziell immer mehr Kapital vorgeschossen werden.

Die kapitalistische Akkumulation führt in Verbindung mit dem tendenziellen Fall der Profitrate zur Verschärfung des **Marktproblems**: Um die Profitrate zu steigern, streben die Kapitalisten an, den Lohn der ArbeiterInnen immer weiter unter den Wert der Ware Arbeitskraft zu senken, den Arbeitstag zu verlängern u.v.m. Je weniger Lohn die Arbeiterklasse eines Landes bei gegebenen Warenpreisen erhält, desto weniger kann sie davon kaufen. Wachsende Produktion von Waren trifft auf einen immer stärker eingeeengten Markt. Diese Entwicklung verschärft die periodisch auftretenden, kapitalistischen Überproduktionskrisen und lässt die Krise allgemein werden: Es kommt zur chronischen Nichtauslastung der Betriebe, zur chronischen Massenarbeitslosigkeit etc.

Der Staat der imperialistischen Monopole organisiert vor diesem Hintergrund die weitere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums aus den Taschen der Arbeiterklasse in die Taschen der Bourgeoisie: in Form von indirekten Steuern, Subventionen u.v.m.

Kapital dringt im Verlauf der Entwicklung des Kapitalismus und des tendenziellen Falls der Profitrate immer stärker in unproduktive Anlagensphären wie die Spekulation auf den Finanzmärkten, in denen auf kurze Frist höhere Profitraten als in der Industrie zu erwarten sind, in denen jedoch kein Mehrwert geschaffen wird. Die Entwicklung des Kredit- und Finanzwesens und von sogenanntem **fiktivem Kapital** wird abermals befeuert: Durch wechselseitige Verschuldung der industriellen Kapitalisten untereinander und bei den Bankkapitalisten, durch die Anhäufung von Aktien und Staatsanleihen (die nichts weiter sind als mit einem "fiktiven", nicht realen Kapitalwert ausgestattete Papiere, die das Recht auf zukünftige Erträge eines realen Kapitals oder die Einnahmen eines Staates verleihen), sowie durch die Entwicklung noch weitaus komplizierterer Finanzprodukte wächst das scheinbar vorhandene, aber nur auf dem Papier existierende Kapital weit über das reale Kapital hinaus<sup>2</sup>. Fiktives Kapital,

<sup>2</sup>Ein einfaches Beispiel zur Illustration: A zahlt 10.000 Euro auf sein Konto bei einer Bank ein. Das Geld erscheint als Guthaben von A bei der Bank. B leiht sich bei der Bank 10.000 Euro, die seinem Konto gutgeschrieben werden, also als sein Guthaben erscheinen. Aus real vorhandenen 10.000 Euro sind "fiktive" 20.000 Euro geworden. B kauft bei C ein und überweist diesem 10.000 Euro. 10.000 Euro landen also auf C's Konto bei einer anderen Bank und sind dort Guthaben. Zu den 20.000 Euro, die A und C jetzt als Bankanlagen besitzen, kommen die 10.000 Euro, welche die Bank von C jetzt an Guthaben bei der Bank von A hat. A, C und die Bank von C können jederzeit auf ihr Guthaben zugreifen. Aber der einzige, der bis jetzt jemals Geld in dieses System geworfen hat, war A mit seinen 10.000 Euro. Wir sehen hier davon ab, dass die "realen" 10.000 Euro, die A ursprünglich eingezahlt hat, heutzutage nicht mehr aus handfestem Gold mit entsprechendem Wert bestehen, sondern aus Banknoten, die selbst wieder Kreditgeld der Zentralbanken sind... Im Kapitalismus wird jede Möglichkeit ausgeschöpft, Kredite übertragbar zu machen und als Zahlungsmittel ein-

und sei es selbst auf bloßen Kredit gekauft, dient wiederum als Sicherheit für neue Kredite. So kommt es gerade in den "Boom"-phasen der kapitalistischen Konjunktur zur wachsenden Aktivität der Spekulanten und Finanzjongleure und zur Entstehung von Kreditblasen, die ins Absurde wachsen und die kapitalistische Produktion weit über die Grenzen der zahlungsfähigen Nachfrage hinaus anheizen – wenn Geschäfte z.B. nur noch abgeschlossen werden, um mit den

---

zusetzen, um die Zirkulation von Waren und Kapital zu verbilligen und zu beschleunigen. Die Banken sind die treibenden Kräfte hinter dieser Entwicklung, die auf diese Weise nahezu das gesamte verleihbare gesellschaftliche Kapital in ihren Händen konzentrieren. Allein auf die beschriebene Weise in dem vereinfachten Beispiel entsteht ein ungeheures, ständig wachsendes gesellschaftliches Netzwerk von Schuldverflechtungen, das als **Kapital** erscheint und als solches ausgegeben, investiert, verliehen und als Sicherheit eingebracht wird, in Wahrheit jedoch größtenteils imaginär ist. Man stelle sich jetzt vor, alle Teilnehmer dieses Modells gingen gleichzeitig zur Bank und wollten ihr Geld abheben – das Finanzsystem bräche zusammen. In unserem einfachen Beispiel ließe sich zumindest in der Theorie die Folge von Zahlungen noch nachvollziehen. In einem komplexen System wie den internationalen Finanzmärkten mit Milliarden TeilnehmerInnen und weitaus komplizierteren Verflechtungen als einfachen Bankkrediten und Bankguthaben ist das undenkbar – geschweige denn, dass man vorhersagen könnte, zu welchem **genauen** Zeitpunkt es zum Eintritt der Krise, zum Börsencrash, zum Sturm auf die Banken oder ähnlichem kommen wird. Das ist vergleichbar mit dem Versuch, den Ort und Zeitpunkt eines Gewitters auf lange Sicht genau vorherzusagen. Das Entscheidende aber ist: Hinter dem Nebel der Schuldverflechtungen, Giroguthaben, Wertpapiere usw. befindet sich der ganz überwiegende Teil des gesellschaftlichen Kapitals heute in den Händen des Finanzkapitals konzentriert. Dazu zählt vor allem das reale Kapital, das der (nur scheinbar) beliebig ausdehnbaren Finanzblase gegenübersteht: Maschinen, Rohstoffe, Fabrikgebäude etc., die den tatsächlichen gesellschaftlichen Reichtum ausmachen.

daraus entstehenden Kreditverträgen an den Finanzmärkten eine schnelle Mark zu machen.

Kapital aus den entwickelten kapitalistischen Ländern dringt verstärkt in weniger entwickelte Länder, in denen höhere Profitraten zu erwarten sind: Im Imperialismus wird der **Kapitalexport** kennzeichnend für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen verschiedenen Staaten, während zuvor der Warenexport von vorherrschender Bedeutung war<sup>3</sup> Kapitalexport erfolgt einerseits in Form von Direktinvestitionen, z.B. wenn Thyssen-Krupp ein Stahlwerk in Brasilien baut und dort LohnarbeiterInnen anheuert. Noch schneller entwickelt sich jedoch der Kapitalexport in Form von Krediten, vor allem in Form von Staatsanleihen. Durch Kapitalexport in Form von Krediten und Staatsanleihen können die imperialistischen Monopole Profite aus den Kolonien und abhängigen Ländern ziehen, ohne dafür die dortige Industrie entwickeln zu müssen<sup>4</sup>. Die wirtschaftliche

---

<sup>3</sup>Zum Unterschied von Kapitalexport und Warenexport: Beim Warenexport wird der Mehrwert in dem Lande geschaffen, das die Ware exportiert. In dem Land, in das die Ware exportiert wird, wird der Wert ausschließlich des Mehrwerts der Ware lediglich realisiert. Beim Kapitalexport wird der Mehrwert hingegen in dem Lande geschaffen, in das Kapital exportiert wird. Im Falle von Staatsanleihen dient das geliehene Geldkapital im Empfängerland nicht als Kapital, sondern wird als Staatsausgabe vernichtet. Die Zinsen, die der Besitzer der Staatspapiere empfängt, stammen aus den Taschen der dortigen Steuerzahler, d.h. der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Massen.

<sup>4</sup>Kapitalexport findet nicht nur aus den imperialistischen Zentren in die Kolonien und Neokolonien statt. Die Monopole exportieren ebenso Kapital in andere imperialistische Länder. Ebenso ist der **Kapitalimport** ein Mittel der Imperialisten im internationalen Konkurrenzkampf: Espw. hat sich der US-amerikanische Staat in großem Maße im Ausland – isbs. in Europa und China – verschuldet und damit Abhängigkeiten geschaffen. Zu den strategi-



Entwicklung dieser Länder wird weiter gehemmt, ihre Abhängigkeit verschärft sich. Kredite an andere Staaten sind außerdem für gewöhnlich an die Bedingung geknüpft, für den Import von Waren aus dem kapitalexportierenden Land genutzt zu werden – z.B., wenn die BRD Griechenland im Gegenzug für neue Anleihen dazu zwingt, deutsche U-Boote zu kaufen. Ein weiteres Moment, das die Abhängigkeit und damit den Widerspruch zwischen imperialistischen Zentren und unterdrückten Ländern verschärft.

Die Monopole aus den größten kapitalistischen Ländern wie den USA, China, Deutschland u.a. ordnen sich mittels des Kapitalexports die abhängigen Länder – Kolonien und Neolonien – wirtschaftlich unter. Die wirtschaftliche Kontrolle der Monopole über diese Länder ist die Grundlage für die politische Kontrolle.

Die imperialistischen Monopole teilen die Märkte unter sich auf. Die imperialistischen Mächte haben auf dieser Grundlage die Welt unter sich aufgeteilt. Der Konkurrenzkampf zwischen ihnen wird mit wachsender Konzentration und Zentralisation des Kapitals bei sinkenden Profitraten immer schärfer. Die Monopole und imperialistischen Mächte entwickeln sich ungleichmäßig. Die ökonomische Basis, die für die Existenz als eigenständige imperialistische Macht notwendig ist, vergrößert sich mit der kapitalistischen Entwicklung zunehmend. Kleinere imperialistische Länder, die allein über keine solche allseitig entwickelte ökonomische Basis verfügen, schließen sich verstärkt zu Blöcken und zeitweiligen Bündnissen zusammen. Die laufende Revolutionierung der technischen Produktionsbasis im Kapitalismus verschärft den internationalen Konkurrenzkampf, lässt

---

schen Überlegungen dahinter siehe u.a. das Buch des ehemaligen nationalen Sicherheitsberaters Brzezinski, „Das große Schachbrett“.

ehemals führende Industrienationen zurückfallen und andere Mächte aufholen. An einem bestimmten Punkt entspricht die gegebene Aufteilung der Welt dem tatsächlichen Kräfteverhältnis zwischen den Monopolen nicht mehr. Es kommt zum Kampf um die Neuaufteilung der Welt, der wirtschaftlich, politisch und militärisch in Form von Kriegen, letztlich in Weltkriegen zwischen den imperialistischen Mächten ausgetragen wird.

Der dritte Weltkrieg ist daher keine „fixe Idee“, sondern logisches Resultat der gegenwärtigen Entwicklung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten. Seine Vorboten sind heute u.a.:

- die sich ankündigende grundlegende technische Umwälzung der Industrie auf Basis der Digitalisierung der gesamten weltweiten Produktions- und Logistikabläufe („Industrie 4.0“), digitalisierte Fabrik, 3D-Druck und Umwälzung der Zulieferindustrie durch die Möglichkeit, Bauteile per E-Mail zu verschicken, selbstfahrende Autos und Drohnen, u.v.m.), welche die internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten zwischen den Monopolen verschärfen und die ökonomischen Machtverhältnisse potentiell dramatisch verschieben wird. Insbesondere wird die Herrschaft über die IT- und Telekommunikationsindustrie, die dafür notwendigen natürlichen Ressourcen und die Kontrolle über Daten immer stärker ins Zentrum des globalen Wirtschaftskriegs rücken.<sup>5</sup>

- die Tendenz zur Bildung transkontinentaler Freihandelszonen (TTIP, Eurasische Freihandelszone, Freihandelszone der EU

---

<sup>5</sup>Vgl.: „Europa gegen Apple und Google“, FAZ vom 07.03.2015

mit Japan), die nichts anderes sind als Arenen, die sich die Staaten für den Wirtschaftskrieg abstecken

- die Umwälzung der globalen Machtverhältnisse bzgl. der Energieversorgung, die sich heute u.a. durch die Frackingoffensive des US-Imperialismus, die beschlossene "Energiewende" in der BRD, die internationalen Konflikte um Fördergebiete in der Arktis und in Asien, den Kampf um den Mittleren Osten, die Entwicklungen auf dem Öl- und Gasmarkt und den Wirtschaftskrieg gegen den Energieexporteur Russland ankündigt
- die Kriege in Libyen, Syrien, Irak, Kurdistan, in Afrika und in der Ukraine

Der Entwicklungsgang des Kapitalismus verschärft alle seine Widersprüche, insbesondere den grundlegenden Klassengegensatz zwischen (akkumulierender) Bourgeoisie und (verelendendem) Proletariat, zwischen den imperialistischen Staaten und den unterdrückten Völkern sowie zwischen den imperialistischen Staaten selbst.

Das kapitalistische System tritt in eine **allgemeine Krise**, die alle Seiten der Wirtschaft, der Politik, der Kultur, des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur und des Lebens der Menschen betrifft. Die allgemeine Krise äußert sich vor allem in zunehmenden Kriegen und revolutionären Erhebungen in verschiedenen Ländern.

Das kapitalistische System trat mit Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 und der Revolution in Russland 1917 in die Phase der allgemeinen Krise ein. Die Revolutionen und die Entstehung des sozialistischen Lagers; Konterrevolutionen und Faschismus; erster und zweiter Weltkrieg; die ökonomische Durchdringung und politische Zerschlagung des Ostblocks; alle wirtschaftlichen, politischen und

militärischen Entwicklungen seither geschehen als Ausdruck der allgemeinen Krise. Sie sind Ausdruck des Kampfes zwischen dem Alten und dem Neuen, zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem neu entstehenden Sozialismus.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus führt nicht dazu, dass dieses System von selbst zusammenbricht. Auch die nächste und übernächste zyklische Überproduktionskrise werden nicht als Automatismus zum Ende des Kapitalismus führen, wie es teilweise in Fehlinterpretation der Erkenntnisse von Marx angenommen werden mag – von der Vernichtung des Planeten in einem nuklearen Krieg und ähnlichen Szenarien einmal abgesehen.

Die Krisenhaftigkeit – hinsichtlich der zyklischen Krisen als auch der allgemeinen Krise – ist vielmehr die unabänderliche **Verlaufsform** der kapitalistischen Entwicklung. Der Kapitalismus bietet keine Lösungen für die allgemeine Krise, die aus seinen innersten Gesetzmäßigkeiten entspringt. Er ist nicht reformierbar. Sein Grundwiderspruch ist nicht lösbar, ohne das Kapitalverhältnis als solches zu beseitigen. Das Kapitalverhältnis, das ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen zwei antagonistischen Klassen ist, kann jedoch nur durch die **Vernichtung** der Bourgeoisie als Klasse beseitigt werden. Die Vernichtung der Bourgeoisie als Klasse kann wiederum nur das Ergebnis eines Kriegs des Proletariats sein – des revolutionären Klassenkriegs, dessen Ziele die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats sind, welche die Grundlagen für den Aufbau einer höheren Produktionsweise und Gesellschaftsform, des Kommunismus, bilden.

## II. Der Kampf des deutschen Imperialismus um Europa

### Die EU als imperialistisches Projekt

Vor dem Hintergrund der allgemeinen Krise des Kapitalismus müssen der seit einigen Jahrzehnten stattfindende, zeitweise Aufstieg des deutschen Imperialismus, die Errichtung seiner Vorherrschaft über Europa und die daraus resultierenden Klassenkämpfe in den europäischen Ländern analysiert werden.

Der deutsche Imperialismus hat seine Vorherrschaft in Europa in den vergangenen Jahrzehnten durch die ökonomische Durchdringung der anderen Länder, vorrangig durch Kapitalexport, errichtet. Auf dieser Grundlage hat sich die BRD die anderen europäischen Staaten auch politisch untergeordnet. Zentrales Instrument hierbei war die Errichtung der Europäischen Union als imperialistisches Projekt.

Die Rote Armee hatte 1945 mit ihrem Sieg im Großen Vaterländischen Krieg die Träume der deutschen Monopole von einem "großdeutschen" Europa zunächst zerstört. In den osteuropäischen

Ländern sowie in der sowjetischen Besatzungszone in Ostdeutschland wurden Volksdemokratien mit dem Ziel des Aufbau des Sozialismus errichtet. Es war der US-Imperialismus, der dem deutschen Finanzkapital in dieser Phase mithilfe von Krediten, politischer und militärischer Unterstützung wieder auf die Beine verhalf, um Westdeutschland zu einem antikommunistischen Bollwerk aufzubauen. In der BRD wurde politisch blitzschnell von "völkischer Diktatur" auf "freiheitlich-demokratische Grundordnung" und "soziale Marktwirtschaft" umgeschaltet. Die Vorbereitung darauf hatte schon während des Krieges stattgefunden<sup>6</sup>.

Das deutsche Finanzkapital arbeitete in der Folge an seinem Wiederaufstieg zur imperialistischen Macht. Strategisch zielte es – wie bereits vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg – auf die Unterwerfung Mittel- und Westeuropas als geostrategische Machtbasis ab. Er schloss jedoch jetzt zu diesem Zweck ein Bündnis mit dem französischen Imperialismus.

1951 gründeten zunächst die BRD, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Italien die "Montanunion" als Behörde zur Koordination der strategisch wichtigen Kohle- und Stahlproduktion.

1957 folgte mit den "Römischen Verträgen" die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sowie der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom). Ziel war die Einrichtung einer europäischen Freihandelszone, d.h. die schrittweise Beseitigung aller nationalen Hindernisse, welche die freie Bewegung der Monopole hinsichtlich des Kapital- und Warenexports und hinsichtlich der freien Bewegung der Ware Arbeitskraft nach den Bedürfnissen der Mono-

<sup>6</sup> "Wer hat den Begriff 'soziale Marktwirtschaft' erfunden? Ein hoher SS-Offizier im Gespräch mit Ludwig Erhard am 12. Januar 1945 in Berlin..."  
"Zuversichtlich im Bombenhagel"; aus: Junge Welt, 29.01.2015

pole noch einschränkten. Hinzu kam das Ziel der gemeinsamen Entwicklung der Atomenergie. Dieser Prozess dauerte bis zum Beginn der 90er Jahre. In den 70er und 80er Jahren traten weitere Staaten der EWG bei, darunter England, Irland, Griechenland, Spanien und Portugal. Zur Steuerung des Bündnisprozesses wurden europaweite politische und Justizinstitutionen wie der Europäische Gerichtshof (1952), die Kommission (1967) und das Parlament (1979) eingerichtet. Die entscheidenden Institutionen sind bis heute jedoch der Rat der Staats- und Regierungschefs sowie der Ministerrat.

Nach der Einverleibung der DDR, der Zerschlagung des Ostblocks und der Zurückdrängung des russischen Imperialismus in Europa gingen die westeuropäischen Imperialisten unter der Führung der BRD und Frankreichs in die Offensive: 1992 gründeten sie mit den Verträgen von Maastricht die "Europäische Union". Beschlossen wurde die Einrichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion und eine politische Koordinierung der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Innenpolitik und der Justiz. Die Institutionen der EU wurden weiter ausgebaut. Seither gilt sie nach BRD-Recht als "Staatenverbund". Ein Teil der Staaten beschloss die Einführung des Euro. 1999 wurde die Europäische Zentralbank (EZB) gegründet. Im Jahr 2000 fusionierten die Monopole DASA aus Deutschland, Aérospatiale-Matra aus Frankreich und CASA aus Spanien zum gemeinsamen deutsch-französischen Luft-, Raumfahrt- und Rüstungsmonopol EADS, der heutigen Airbus Group.

Erweiterungen der EU ins vormalige Herrschaftsgebiet des russischen Imperialismus erfolgten 2004 (Aufnahme von Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Ungarn, Malta und Zypern) und 2007 (Rumänien und Bulgarien). 2007 setzten die Imperialisten mit dem "Vertrag von Lissabon" die "EU-

Verfassung" um, die zuvor in Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt worden war.

Die EU ist kein monolithisches Gebilde: Ihr Aufbau war stets von den Interessenwidersprüchen zwischen den imperialistischen Konkurrenten Deutschland, Frankreich und England geprägt. Angesichts der heutigen deutschen Vorherrschaft in der EU und der Umstrukturierung der EU gemäß den Interessen vorwiegend des deutschen Finanzkapitals gilt das baldige Ausscheiden Englands in den bürgerlichen Medien bereits als ausgemachte Sache.

## Euro als Motor für den Kapitalexport

Nach jahrzehntelanger Vorarbeit durch den schrittweisen Aufbau der Freihandelszone dienten die Gründung der EZB und die Einführung des Euro als Buchgeld (ab 1999) und Bargeld (2002) den europäischen Monopolen als Motor für den Kapitalexport.

Die Einführung des Euro führte für den Großteil der beteiligten Länder dazu, dass die Zinsen dort zunächst stark abgesunken sind, was die Basis für die massive Ausweitung der Kreditaufnahme durch die Staaten und die dortigen Banken, Firmen und Privatpersonen war. Wie der private US-amerikanische Nachrichtendienst STRATFOR in einer Analyse zum Machtausbau der BRD in Europa aus dem Jahr 2011 nachzeichnet hat, glichen sich infolge der Einführung des Euro z.B. die Zinsen für griechische Staatsanleihen denen für deutsche Anleihen anfangs bis auf 1 Prozent an, nachdem sie vorher um 18 Prozent höher gelegen hatten: *"Im Angesicht nie da-gewesener, niedriger Kapitalkosten erweckten Teile von Europa zum Leben, die in Jahrtausenden erweckten niemals wirtschaft-*

*lich dynamisch gewesen waren. Irland, Griechenland, Iberien und Süditalien erlebten alle das stärkste Wachstum seit Generationen. Aber sie liehen sich kein Geld, das lokal erzeugt worden war ..."*<sup>7</sup>

Nur scheinbar und nur sehr kurzfristig "profitierten" Länder wie Griechenland durch die niedrigen Zinsen von ihren stärkeren "Partnern" wie Deutschland. In Wahrheit fand auf diese Weise ein massiver Kapitalexport aus den imperialistischen Zentren in die abhängigen Länder Europas statt. 2011 wurden die griechischen Schulden bei deutschen Banken auf 28,5 Mrd. Euro geschätzt<sup>8</sup>. Die Zinsen, die Griechenland darauf zu zahlen hat, stammen aus dem Mehrwert, den die griechische Bourgeoisie aus der Ausbeutung der griechischen Arbeiterklasse erzielt. Vor allem aber stammen sie aus den Steuern, die der griechische Staat der Arbeiterklasse und den ausgebeuteten Massen vom täglichen Brot abgreift.

Ähnlich sieht es in Irland aus, über dessen wirtschaftliche Lage die bürgerlichen Medien in Deutschland 2011 folgendes berichteten: *"Weitens größer als die Staatsverschuldung Irlands sind die Schulden, die das Land darüber hinaus über seine Bürger und Untertanen im Ausland angehäuft hat. Insgesamt belaufen sich diese Schulden Mitte 2010 auf 731,2 Mrd. US-Dollar. Den Löwenanteil von mehr als zwei Dritteln davon schulden die Iren europäischen Banken. Größte Gläubiger sind die britischen Finanzinstitute, die auf Forderungen in Höhe von 148,5 Mrd. US-Dollar sitzen. Zweitgrößte Gläubiger sind jedoch bereits deutsche Banken, die den Iren aktuell 138,6 Mrd. US-Dollar geliehen haben. Auch Belgien und Frankreich sind in größerem Umfang im Geschäft, ihr Risiko ist jedoch*

<sup>7</sup>"Germany's Choice - Part 2", [www.stratfor.com](http://www.stratfor.com)

<sup>8</sup>[www.wirtschaftsthemen.net](http://www.wirtschaftsthemen.net) vom 21.06.2011

*bereits wegen deutlich geringerer Außenstände bedeutend kleiner als das deutscher Institute.*<sup>9</sup>

Der Kapitalexport in Form von Euro-Krediten war wiederum die Basis für die Ausdehnung des deutschen Warenexports in die abhängigen Länder. Kredite wurden an die Bedingung gekoppelt, deutsche Waren zu kaufen, während durch die gemeinsame Währung gleichzeitig die Möglichkeit für die abhängigen Länder entfiel, sich durch Maßnahmen zur Abwertung der eigenen Landeswährung vor der Überschwemmung durch ausländische Waren zu schützen.

2009 vermeldete das Statistische Bundesamt, dass 75 Prozent aller deutschen Exportwaren in dieser Zeit in europäische Länder gingen, gefolgt von Asien. Die positive Handelsbilanz der BRD, d.h. der Überschuss der Ausfuhr über die Einfuhr von Waren, betrug gegenüber den europäischen Ländern im Jahr 2008 157,3 Milliarden Euro<sup>10</sup>. Für den Zeitraum von der Einführung des Bargeld-Euro bis zum zweiten Quartal 2010 wird der Leistungsbilanzüberschuss<sup>11</sup> der BRD auf 672 Milliarden Euro geschätzt<sup>12</sup>. Anders gesagt: Die BRD-Monopole haben in diesem Zeitraum ein sehr hohes Maß an Wert, d.h. an geleisteter Arbeit aus diesen Ländern, eingesaugt.

<sup>9</sup>ntv.de vom 17.11.2010

<sup>10</sup>Pressemittteilung Nr. 119 vom 26.03.2009, Statistisches Bundesamt

<sup>11</sup>Die Leistungsbilanz bezeichnet in der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre ein Maß für die wirtschaftlichen Transaktionen zwischen dem In- und Ausland. Dazu zählen die Handelsbilanz (Bilanz der exportierten und importierten Waren), die Dienstleistungsbilanz, die Übertragungsbilanz aus geleisteten und empfangenen Überweisungen von ausländischen Beschäftigten in ihre Heimatländer, Beiträgen an internationale Organisationen und die Entwicklungshilfe, sowie die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (dazu zählen Löhne, Gehälter, Zinsen und Dividenden).

<sup>12</sup>German-Foreign-Policy, 16.08.2011

In spanischen, portugiesischen und italienischen Innenstädten ist das Straßenbild heute – dreizehn Jahre nach Einführung des Euro – von deutschen und französischen Warenhausketten wie Aldi, Lidl und Carrefour geprägt.

Die Überproduktionskrise von 2007/2008 und die deutsche Großoffensive Ab 2007/2008 platzte auf den globalen Finanzmärkten zuerst die "Immobilienblase": Insbesondere in den USA waren in großem Ausmaß Häuser gebaut und auf Kredit an Privatpersonen verkauft worden. Banken, Fonds und andere Finanzdienstleister haben die Kredite weiterverkauft, zu komplexen Finanzprodukten zusammengeschnürt und diese als Spekulationsobjekte gehandelt. Da die Produktion von Häusern jedoch die zahlungsfähige Nachfrage bei weitem überstieg und dieser Umstand durch Kredite nur verdeckt und hinausgezögert wurde, kam es schließlich zuerst auf den Finanzmärkten zum großen Knall. Die "Immobilien-" oder "Finanzkrise" war die erste Erscheinungsform einer weltweiten zyklischen Überproduktionskrise, die durch verschiedene Faktoren, insbesondere in Wechselwirkung mit der fortgeschrittenen allgemeinen Krise des Kapitalismus verschärft wurde:

Im Zuge der allgemeinen Krise hatte es bereits im vorhergehenden Krisenzyklus keine Aufschwungphase gegeben. Die Warenpreise auf den Märkten, die heute vor allem das Resultat von Absprachen zwischen den großen Monopolen sind, waren durch diese Absprachen künstlich oben gehalten worden und nicht angesichts des Überangebots gesunken. Vor allem aber haben die massive Ausweitung des Kredits und des Handels mit Kreditprodukten die Krise künstlich hinausgezögert und in ihrer Wirkung verstärkt: Wenn die Arbeiterklasse gezwungen ist, immer mehr Konsumgüter auf Kredit, d.h. von dem Lohn zu bezahlen, den sie noch gar nicht erhalten hat,

löst das nicht das Marktproblem, sondern vergrößert es durch die Zinslast und verschiebt das Auftreten seiner Auswirkungen in die Zukunft. Zu einem bestimmten Zeitpunkt haben sich die Gesetzmäßigkeiten der Warenproduktion und des Kapitalismus gewaltsam zum Durchbruch verholfen: Der Grundwiderspruch des Kapitalismus äußerte sich unerbittlich in der schwersten Wirtschaftskrise seit Menschengedenken, die sogar die Weltwirtschaftskrise von 1929 in ihrem Ausmaß übertraf.

Der Zusammenbruch der globalen Finanzmärkte und die Immobilienkrise zogen die Bankrotte der – dank dem Euro-Kreditboom – hochverschuldeten Staaten, Banken, Firmen und Privatpersonen in Griechenland, Irland, Spanien und Portugal nach sich, auf deren Rücken das deutsche Finanzkapital massiv akkumuliert hatte. Die Überproduktionskrise auf der Grundlage der allgemeinen Krise äußerte sich in der sogenannten "Eurokrise".

Im April 2010 beantragte Griechenland als erster Staat "Hilfs"gelder von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF), um einen Staatsbankrott abzuwenden. Im November desselben Jahres folgte Irland, im April 2011 Portugal.

Das deutsche Finanzkapital nutzte seine starke Position während der Staatsschuldenkrise, um eine wirtschaftliche und politische Großoffensive zu starten, die eigene ökonomische und politische Vorherrschaft durch neuen Kapitalexport und den Ausbau des neokolonialistischen Systems in Europa weiter auszubauen und damit die Abhängigkeit der ruinierten Staaten auf Kosten der unterdrückten Massen dort zu vertiefen. Die Maßnahmen dazu waren im einzelnen:

## “Rettungsschirm”

Als die überschuldeten Staaten drohten, ihre Kredite bei den großen Banken der imperialistischen Länder nicht mehr zurückzahlen zu können, sprangen die Staaten der Eurozone und der EU sowie der IWF mit neuen Krediten und Bürgschaften aus Steuergeldern ein: Die Antwort auf die Folgen des Kapitalexports war neuer Kapitalexport. Doch diesmal zogen die imperialistischen Staaten das Geld aus den Taschen der eigenen Arbeiterklasse heran, um Rückzahlungen und Zinsen für die Bankmonopole abzusichern. Profitiert haben davon in Deutschland unter anderem die Hypo Real Estate, die griechische Staatsanleihe im Wert von 9,1 Milliarden Euro hielt, die Commerzbank (4,6 Milliarden Euro), die LBBW (2,7 Milliarden Euro) und die Bayern LB (1,5 Milliarden Euro)<sup>13</sup>.

Im Rahmen der “Rettungsschirme” schufen die Staaten der Euro-Gruppe die “Europäische Finanzstabilisierungsfazilität” (EFSSF) und den “Europäischen Stabilitätsmechanismus” (ESM). Bei beiden handelt es sich um Banken, deren Kapital die beteiligten Staaten (= die Arbeiterklasse in Funktion des Steuerzahlers) eingebracht haben. Die BRD ist jeweils größter Kapitalzeichner. Beide Banken werden von dem deutschen Manager Klaus Regling geleitet. STRATFOR bewertete das bezüglich des EFSSF im Jahr 2011 wie folgt: *“Um das Geld zu erhalten, müssen die bekümmerten Staaten nur tun, was immer Deutschland – der Manager des Fonds – will. Die Entscheidungen werden innerhalb des Fonds getroffen, nicht auf der Ebene der EU-Institutionen.”*<sup>14</sup>

<sup>13</sup>Financial Times Deutschland, 26.02.2010

<sup>14</sup>“Germany’s Choice – Part 2”, www.stratfor.com

## Austeritätspolitik

Die Rettungsschirme waren in den bürgerlichen Medien mit einer chauvinistischen und rassistischen Hetzkampagne gegen die "Pleite-Griechen", die "PIGS-Staaten" und dergleichen verbunden, die den Eindruck erwecken sollte, die Völker dieser Länder seien faule Rentner, die auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse am Mittelmeer in der Sonne lägen.

Die Hilfskredite aus den Steuergeldern der Euro-Staaten gingen in Wahrheit mit einem Mausclick nach Griechenland und mit dem nächsten zurück zu den Bankmonopolen in Deutschland, Frankreich und England. Die griechische, irische und portugiesische Arbeiterklasse sahen keinen Cent davon. Vor allem aber waren die Kredite an die Bedingung gekoppelt, in den vermeintlichen Zielländern der Kredite rigide Sparprogramme ("Austeritäts"programme) durchzusetzen, um die Kapitalverwertungsbedingungen in diesen Ländern den Bedürfnissen der Monopole anzupassen und die Zinsen für die Banken aus den Taschen der dortigen Arbeiterklasse und der unterdrückten Massen zu finanzieren.

Die griechischen neokolonialen Regierungen beschlossen im Auftrag der großen europäischen Monopole im Zeitraum zwischen April 2010 und April 2013 insgesamt sechs Sparpakete, u.a. mit folgenden Maßnahmen zulasten der griechischen Arbeiterklasse:

- mehrfache Anhebung der Mehrwertsteuer und der Steuern auf Tabak, Spirituosen und Kraftstoff
- mehrfache Kürzung der Beamtengehälter
- Senkung der Zahl der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst um 150.000 bis 2015

- Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre
- Kürzungen der Renten um 10 bis 15 Prozent
- Kürzungen von Sozialleistungen
- Kürzungen im Gesundheitssystem in Höhe von 1,7 Milliarden Euro bis 2015
- Privatisierungen von Staatsbetrieben
- Absenkung des Mindestlohns auf 586 Euro bzw. 525 Euro (für unter 25-jährige)
- Kürzung des Arbeitslosengeldes auf 322 Euro
- u.v.m.

Die Folge war eine massive Verelendung der Massen in Griechenland: Laut dem Tagesspiegel fiel die Kaufkraft griechischer Privathaushalte trotz zeitweise sinkender Preise von April 2010 bis Ende 2013 um 37 Prozent<sup>15</sup>. Es ist heute in Griechenland wieder Alltag, dass Menschen Hunger leiden oder sterben, weil die Gesundheitsversorgung mangelhaft ist. Laut einer kürzlich erfolgten Anfrage im Bundestag an die Bundesregierung hat die BRD als Staat von Griechenland seit Beginn der "Eurokrise" mehr als 300 Millionen Euro an Zinsen für Hilfskredite kassiert, während das Bruttoinlandsprodukt Griechenlands im selben Zeitraum um ca. 25 Prozent gesunken ist<sup>16</sup>.

<sup>15</sup>Tagesspiegel, 27.12.2013 "Krisen-Logik: Die Preise purzeln, das Leben wird trotzdem teurer"

<sup>16</sup>German-Foreign-Policy vom 06.03.2015



Die Umstände, unter denen die Sparpakete beschlossen wurden, werfen ein Licht darauf, wie Machtpolitik in einem neokolonialen System wie der EU abläuft: Am 1. November 2011 kündigte der damalige griechische Ministerpräsident Papandreu angesichts wachsender Proteste im Land gegen die Sparpakete an, eine Volksabstimmung über weitere von der Euro-Zone beschlossene Austeritätsmaßnahmen abzuhalten. Drei Tage später wurde die Regierung Papandreu durch eine Technokraten-Regierung unter dem ehemaligen EZB-Vizepräsidenten Loukas Papadimos ersetzt. Im selben Zeitraum wurde auf Betreiben der BRD auch die italienische Regierung ausgetauscht.

Für die Kontrolle der Umsetzung des Spardiktats in den "Schuldenstaaten" ist die "Troika" aus Beamten der EU-Kommission, der EZB und des IWF zuständig – ein Gremium im Stil eines Insolvenzverwalters für Staaten, das die Bücher kontrolliert und politische Maßnahmen anordnet<sup>17</sup>.

Ähnliche "Spar"programme wie in Griechenland wurden auch in Irland, Portugal, Spanien, Zypern, Italien und Slowenien zulasten der ausgebeuteten Massen beschlossen.

### **Ausverkauf und wirtschaftliche "Flurbereinigung"**

Das Spardiktat in Südeuropa dient den imperialistischen Monopolen im besonderen dazu, sich das Vermögen der dortigen Staaten unter den Nagel zu reißen:

In Griechenland wurde 2011 der "Hellenic Republic Asset Development Fund" (HRADF) nach dem Modell der "Treuhänder" gegründet

<sup>17</sup>Vgl. "Macht ohne Kontrolle – die Troika", Dokumentarfilm von Arpad Bondy und Harald Schumann, Youtube

det, die Anfang der 1990er Jahre das Staatsvermögen der DDR ans westdeutsche Kapital verramscht hatte. Aufgabe der HRADF ist es, Werte im Besitz des griechischen Staates in Höhe von 50 Milliarden Euro zu verkaufen, darunter Immobilien, Firmenanteile und Rechte (z.B. an der Erdgasförderung, zum Betrieb von Flughäfen oder Mobilfunknetzen). Z.B. hat das deutsche Staatsmonopol Fraport – der Betreiber des Frankfurter Flughafens – im November 2014 14 Regionalflughäfen in Griechenland für 1,23 Milliarden Euro gekauft<sup>18</sup>.

Die "Troika" hat Griechenland und Portugal bereits dazu gezwungen, ihre Wasserversorger zu verkaufen. Geplant ist, die Privatisierung der Wasserversorgung europaweit umzusetzen.<sup>19</sup>

Monopole wie die Deutsche Bank verdienen dabei auch an der Vermittlung des Verkaufs an Dritte, wie z.B. portugiesischer Energiekonzerne an chinesische Staatsfirmen<sup>20</sup>.

Die Wirtschaftskrise hat in Europa nicht zuletzt zum Bankrott zahlreicher Firmen geführt und damit zu einer "Flurbereinigung" zugunsten der krisengewinnenden Monopole: "*Durch die Wirtschaftskrise sind in Italien zwischen 2008 und 2013 14,1 % der Handelsunternehmen und 22,4 % der Unternehmen im Bausektor weggefallen.*"<sup>21</sup>

Während Italien am Staatsbankrott vorbeigeschrammt ist und sich ebenfalls dem deutschen Spardiktat unterwerfen musste, während Frankreichs Wirtschaft bis heute in einer Krise steckt und französische Staatsanleihen zeitweise von den Ratingagenturen herabge-

<sup>18</sup>Vgl. Wikipedia: "Hellenic Republic Asset Development Fund"

<sup>19</sup>Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 18.01.2013

<sup>20</sup>Nach dem Modell der Treuhänder, German-Foreign-Policy vom 17.04.2012

<sup>21</sup>Corriere della Sera, 26.10.2013, "Zusammenbruch der Unternehmen in den Jahren der Großen Depression", nach: Wikipedia: "Eurokrise"

stift worden sind, geht das deutsche Finanzkapital als strahlender Sieger aus der Krise hervor.

### **Fiskalpakt**

Mit dem Fiskalpakt haben 23 europäische Staaten (nicht dabei: England) Anfang 2012 die politische Kontrolle der EU-Institutionen über die verschuldeten Nationalstaaten zementiert: Staaten, deren jährliche Neuverschuldung eine bestimmte Quote (0,5 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts) überschreitet, müssen ihre Haushalte von der EU-Kommission und dem Europäischen Rat genehmigen lassen.

Im Zangengriff des Fiskalpaktes befindet sich gerade vor allem der französische Staat, der einen Aufschub bezüglich der Einhaltung der Defizitgrenze bei der EU-Kommission nur gegen die Auflage erhalten hat, in den nächsten Monaten einen detaillierten Reformplan vorzulegen<sup>22</sup>.

### **EU-Kommission**

Der Fiskalpakt, den die BRD vor allem gegen den Widerstand Frankreichs durchsetzte, war ein wichtiger Schritt in Richtung des Ausbaus der EU zu einem imperialistischen "Superstaat" unter deutscher Führung.

Die politischen Institutionen der EU werden heute – vor allem auf der Ebene des Beamtenapparates – direkt von Vertretern der BRD kontrolliert<sup>23</sup>. Den 2014 eingesetzten Kommissionspräsidenten

<sup>22</sup>FAZ, 25.02.2015

<sup>23</sup>Die EU spricht deutsch', FAZ vom 26.06.2014

Juncker aus Luxemburg, ein politischer Ziehsohn Helmut Kohls und alter Freund der BRD, hat die deutsche Regierung gegen heftigen Widerstand vor allem aus England durchgesetzt.

Entscheidend ist in der EU aber weiterhin das Wort der Regierungen – und damit vor allem der BRD-Regierung. Die Zeitschrift "Internationale Politik", Organ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (eines außenpolitischen Berliner Think-Tanks) rief Angela Merkel 2012 zur "Kanzlerin Europas" aus<sup>24</sup>. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung skizzierte im März 2015 die Parallelen der politischen Integration Europas zum Aufbau des deutschen Kaiserreichs durch Preußen im 19. Jahrhundert<sup>25</sup>.

Im März 2015 schlug Juncker den Aufbau einer EU-Armee vor und erhielt dafür umgehend Unterstützung von Merkel und anderen deutschen Spitzenpolitikern<sup>26</sup>.

### **EZB-Programm 2015**

Die Spardiktate haben die südeuropäischen Staaten ökonomisch ruiniert und das deutsche Finanzkapital zur Herrin Europas gemacht. Frankreich ist wirtschaftlich in die Knie gezwungen und wird durch den Fiskalpakt politisch an der kurzen Leine gehalten.

Im März 2015 hat die EZB ein neues Programm begonnen, bei dem sie monatlich Anleihen europäischer Staaten und Staatsmonopole wie der Europäischen Investmentbank (EIB) oder der deutschen Kreditanstalt für den Wiederaufbau (KfW) im Wert von 60 Milliarden Euro kauft. Neben der Finanzierung der genannten Mo-

<sup>24</sup>Internationale Politik, Nr.1 / 2012

<sup>25</sup>Wie Bismarck seine Griechen bändigte', FASZ vom 1.03.2015

<sup>26</sup>FAZ vom 10.03.2015

nopole führt dieser Ankauf zunächst dazu, dass die Preise dieser Anleihen steigen und damit – bei festen Zinsen – ihre Renditen (Verhältnis der Zinsen zum Preis) sinken – die sich im Fall deutscher Staatsanleihen schon vorher im negativen Bereich bewegt haben und damit auf einem historischen Tiefstand sind: Der deutsche Staat zahlt heute teilweise keine Zinsen für neue Kredite, sondern nimmt Zinsen ein! Banken und andere Investoren zahlen Geld dafür, dass sie Geld verleihen.

Das führt schon jetzt dazu, dass das weltweit nach Anlagemöglichkeiten suchende Kapital verstärkt in andere Anlageformen – z.B. in Unternehmensaktien – fließt. Davon haben die deutschen Monopole durch Import von Kapital aus anderen Ländern, z.B. den USA<sup>27</sup>, profitiert. Der Deutsche Aktienindex ist bereits nach der Ankündigung des Kaufprogramms auf Rekordwerte jenseits von 11.000 Punkten gestiegen.

Beflügelt wird der Kapitalimport – für imperialistische Mächte ebenfalls ein Mittel, um sich Expansionsmöglichkeiten zu verschaffen – auch durch die mit dem Anleihenkauf verbundene Abwertung des Euro gegenüber anderen Währungen, die wiederum kurzfristig den deutschen Warenexport in andere Regionen antreibt. Schon im Januar 2015 jubelte das Handelsblatt: *„Setzt sich der durch die Geldflutung ausgelöste Wechselkursverfall des Euro gegenüber dem Dollar weiter fort, beflügelt das den Absatz und sorgt allein bei den DAX-Konzernen für einen Ertragsgewinn in Höhe von 13 Milliarden Euro vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen.“*<sup>28</sup>

<sup>27</sup>Handelsblatt Morning Briefing, 25.02.2015

<sup>28</sup>Handelsblatt Morning Briefing, 22.01.2015

Andere imperialistische Mächte (Japan, Korea) haben im selben Zeitraum ähnliche währungspolitische Maßnahmen gestartet. Eine Ausnahme bilden die USA. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung mutmaßt über den Beginn eines „Währungskriegs“<sup>29</sup>.

Welche Folgen die beschriebene Entwicklung an den globalen Finanzmärkten nach sich ziehen wird, bleibt abzuwarten: Ist der zur Zeit stattfindende Boom des deutschen Kapitals, von dem alle Wirtschaftsmedien berichten, das berühmte Warnzeichen vor dem Kollaps? Sind der Höhenflug des DAX und Zinsen, die so niedrig sind, dass sie sich in Anti-Zinsen verwandeln, Signale dafür, dass die Märkte bereits völlig heißgelaufen sind? Steht die nächste Finanzblase kurz vor dem Platzen? Steht die nächste Überproduktionskrise vor der Tür, um die Flure für die Einführung der nächsten Generation an High-Tech-Produktionstechnik zu bereinigen? Und – wenn ja, ist die deutsche Bourgeoisie abermals wie 2008/2009 in der Position, die Krise einfach nach Südeuropa exportieren zu können und hierzulande die Stabilität zu wahren? Oder erwartet die BRD ein wirtschaftlicher Zusammenbruch mit griechischen Verhältnissen?

## Der deutsche Imperialismus realisiert seine Kriegsziele

Geht es um den Erhalt und den Ausbau des imperialistischen Staatesbundes EU, ertönt in den deutschen Medien stets eine propagandistische Begleitmusik, welche die „Einigung Europas“ als „Lehre aus der Geschichte“ oder als „Frage von Krieg und Frieden“ betont.

<sup>29</sup>FAZ vom 12.03.2015

Die Betonung der Frage von "Krieg und Frieden" ist deshalb bezeichnend, weil sie die imperialistische Alternative zur ökonomischen Durchdringung der abhängigen Länder aufzeigt, nämlich den Krieg in Europa. Die Stilisierung der Einigung Europas als Frage von "Krieg und Frieden" ist als Drohung aufzufassen – vor allem des deutschen und französischen Imperialismus gegenüber den kleineren Staaten.

Noch am 27. Februar erklärte BRD-Finanzminister Schäuble vor dem Bundestag anlässlich der jüngsten Verlängerung der "Hilfen" für Griechenland: *"Wir Deutschen sollten alles daran tun, dass wir Europa zusammenhalten, so weit wir es können, und zusammenführen. Wieder und wieder."*<sup>30</sup>

Was Schäuble tatsächlich meint, wenn er zum "Zusammenführen Europas" mahnt, ist, dass die Kontrolle über Mitteleuropa seit jeher ein zentrales strategisches Ziel des deutschen Imperialismus zum Zwecke seiner Festigung als Weltmacht war. Bereits während des Ersten Weltkriegs und als eines der zu erreichenden Kriegsziele lag 1914 bei den deutschen Geostrategen die Skizze eines EU-artigen Gebildes zur Realisierung der Interessen des deutschen Finanzkapitals in Europa vor:

*"Reichskanzler Bethmann-Hollweg sandte am 9.9.1914 ein Kriegszielprogramm an seinen Stellvertreter Delbrück, in welchem es hieß: 'Sicherung des Deutschen Reichs nach West und Ost auf endenklische Zeit. Zu diesem Zweck muss Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu entstehen kann, Rußland von der*

<sup>30</sup>:"Rufe nach europäischer Solidarität", FAZ v. 28.02.15

*deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden. (...)'*

*Belgien sollte zu einem deutschen Vasallenstaat werden, Luzemburg zum deutschen Bundesstaat. Im übrigen plante man die Gründung eines 'mitteleuropäischen Zollverbandes', dessen Ziele und Aufgaben wie folgt definiert wurden:*

*'Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Ein-schluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich - Ungarn, Polen und evtl. Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.'*<sup>31</sup>

Ähnliche strategische Konzepte entwarfen Think-Tanks der deutschen Monopole wie der 1926 gegründete "Mitteleuropäische Wirtschaftstag" auch in der Vorbereitungsphase des Zweiten Weltkriegs<sup>32</sup>.

Der von der deutschen Reichsführung 1914 anvisierte "Verband" ist jedenfalls heute mit Europäischer Union und Euro-Zone Realität und sogar überboten worden.

Welche Faktoren waren ausschlaggebend dafür, dass das deutsche Finanzkapital im Gegensatz zu seiner europäischen Konkurrenz als Gewinner aus der letzten Wirtschaftskrise hervorgegangen ist und Europa derart unterjochen konnte?

Eine tiefgreifende ökonomische Analyse steht zur Beantwortung dieser Frage noch aus und hat im Rahmen einer allseitigen Klassen-

<sup>31</sup>Karl Waffenschmidt, "Imperialismus", Verlag Roter Morgen, S. 72 f.  
<sup>32</sup>vgl. Alfred Sohn-Rethel, "Industrie und Nationalsozialismus", Wagenbach 1992

analyse zu erfolgen. Einige offensichtliche Momente können jedoch an dieser Stelle thesenhaft bereits genannt werden:

Erstens war die industrielle Basis des deutschen Imperialismus schon vor der Krise deutlich weiter entwickelt als in anderen Ländern, bspw. in Frankreich oder England. Das deutsche Finanzkapital verfügt über Monopole in der Auto-, Rüstungs- und Chemieindustrie sowie im Maschinenbau und in der Hochtechnologie, die sich die weltweite Führung vor allem mit US-amerikanischen und ostasiatischen Konzernen teilen. Als ein weltweiter Exporteur von Technologie ist die BRD zudem mit zahlreichen anderen etablierten und aufstrebenden Mächten verwoben (isbs. China, Indien, Brasilien, Russland).

Zweitens hatte das deutsche Kapital einige Jahre vor Einführung des Euro durch die Annexion und De-facto-Kolonisierung eines anderen Staates in Gestalt der DDR einen ökonomischen Machtzuwachs erzielt, den seine europäischen Konkurrenten nicht vorweisen konnten. Ostdeutschland ist ein Billiglohngebiet, das seit 1990 wirtschaftlich nach dem Geschmack der West-Monopole ökonomisch völlig neu strukturiert und zur Quelle von Extraprofiten wurde. Die BRD war schon lange vor der Krise gegenüber Frankreich strategisch im Vorsprung und baute diesen durch die Einführung des Euro zügig aus.

Drittens hatte sich das deutsche Finanzkapital seit den 1990er Jahren strategisch auf den zu erwartenden Kriseneinbruch vorbereitet: Insbesondere durch die Sicherung des "Betriebsfriedens" in den strategisch wichtigen Produktionsstandorten, durch die Spaltung der Arbeiterklasse in materiell privilegierte Stamm- und maximal flexible Leihbelegschaften, die mit der "Agenda 2010" herbeigeführt wurde. Zwischen Januar 2001 und Januar 2007 war die Zahl der

LeiharbeiterInnen in der BRD um fast das Doppelte gestiegen auf ca. 750.000<sup>33</sup>. Für die Besteuerung der Stammebelegschaften griff das deutsche Kapital auf die Extraprofite zurück, die es in den anderen Ländern Europas erzielte. Die Löhne der Stammebelegschaften subventionierte der deutsche Staat (= die Arbeiterklasse als ganze) in der Krise mit Kurzarbeitergeld, während die LeiharbeiterInnen bei nahe geräuschlos<sup>34</sup> entlassen wurden. Auf Kosten der europäischen Arbeiterklasse und der unteren Schichten der Arbeiterklasse im eigenen Land schrumpfte sich das deutsche Kapital in der Krise gesund. Die gelben DGB-Gewerkschaften unterstützten es, indem sie die Massentlassungen der ungesicherten Randbelegschaften politisch mittrugen, praktisch mit Hilfe ihrer Betriebsräte durchsetzten und darüber hinaus potentielle Widerstandskerne aus dem Spektrum der opportunistischen Gewerkschaftslinken sehr wirksam integrierten.

## Austerität und Migration

Die Austeritätspolitik hat die Migrationsbewegung der Unterdrückten in Europa angetrieben. Aufgrund der wachsenden Arbeitslosigkeit, der Armut und der fehlenden Lebensperspektive in ihren

<sup>33</sup>Zahlen nach: Wikipedia: "Arbeitnehmerüberlassung"

<sup>34</sup>Es kam lediglich zu einigen punktuellen und öffentlich kaum wahrgenommenen Auseinandersetzungen, z.B. einem Hungerstreik von 200 entlassenen LeiharbeiterInnen bei VW in Hannover. Das, obwohl es zwischen September 2008 und April 2009 eine gewaltige Entlassungswelle von über 230.000 LeiharbeiterInnen gegeben hatte. (Vgl.: "Autonome Klassenkämpfe in Deutschland -- mit Blick nach Frankreich", Frings, in: Arbeitskämpfe im Zeichen der Selbstermächtigung / Anna Leder (Hg.), Wien 2011, S. 15 - 62

Ländern wandern insbesondere viele Jugendliche aus Griechenland, Spanien und Portugal in die Zentren der EU aus. Die Migration nach Deutschland ist im Zuge der Krise stark angestiegen – drei Viertel der 1,23 Millionen MigrantInnen, die im Jahr 2013 in die BRD gegangen sind, kamen aus anderen EU-Ländern<sup>35</sup>.

Kurzfristig führt diese Migration dazu, dass die gesellschaftlichen Widersprüche in Europa abgemildert werden: Wenn es noch die Möglichkeit gibt, sein Glück woanders zu versuchen, ergreifen viele Jugendliche diesen Strohalm, anstatt ihre Kraft in den politischen Widerstand zu Hause zu stecken. Die Migration qualifizierter Arbeitskräfte hilft kapitalistischen Firmen in der BRD außerdem, den bestehenden Mangel an Fachkräften im eigenen Land zu beheben. Jobagenturen in Europa haben die Vermittlung solcher Fachkräfte bereits als lohnendes Geschäftsfeld für sich entdeckt<sup>36</sup>.

Langfristig bewirkt die Migration jedoch die Internationalisierung der Arbeiterklasse und ihre Konzentration in den imperialistischen Zentren<sup>37</sup>. Wenn griechische und spanische ArbeiterInnen auch von den Monopolen mit dem Zweck hierher geholt werden, die industrielle Reservearmee zu vergrößern und eine schlechter bezahlte Konkurrenz zu den "deutschen" ArbeiterInnen zu bilden, bringen sie jedoch die Erfahrung der zugespitzten Widersprüche in ihren Ländern ebenso mit wie die dortigen spezifischen Kampftraditionen. Dass sich die Migration – trotz ihres kurzfristigen Nutzens für die Monopole – langfristig als Bumerang für sie herausstellen kann, hat man in der BRD bereits in den 1960 und 1970er Jahren gesehen: Als

<sup>35</sup>"Die Deutschen wandern gerne aus", FAZ v. 11.03.2015

<sup>36</sup>"Junge Griechen suchen ihr Glück in Deutschland", Die Welt v. 31.10.12

<sup>37</sup>Siehe dazu den Artikel "Imperialismus, Proletariat und Flüchtlingsbewegung", [www.komaufbau.org](http://www.komaufbau.org)

die deutsche Bourgeoisie damals Gastarbeiter aus der Türkei, Italien, Jugoslawien, Spanien und Griechenland in die BRD holte, um sie für die ödesten, dreckigsten und schwersten Fließbandarbeiten auszunutzen, entpuppten sich viele von ihnen als radikale Kämpfer in vielen betrieblichen Kämpfen wie dem Ford-Streik 1973 in Köln.

Die objektive Internationalisierung der Arbeiterklasse ist ein politischer Motor für ihre Revolutionierung, für die Entwicklung des proletarischen Klassenbewusstseins – insoweit es den revolutionären Kräften in Deutschland gelingt, den politischen Spaltungstendenzen, welche die Bourgeoisie in Gang setzt, entgegenzuarbeiten und die verschiedenen Sektoren der Arbeiterklasse im Kampf zusammenzubringen.

Dies gilt umso mehr für die MigrantInnen, welche die untersten Schichten der Arbeiterklasse in der BRD bilden, z.B. WanderarbeiterInnen aus Rumänien und Bulgarien, die sich in deutschen Großstädten als Tagelöhner, teils in sklaverähnlichen Arbeitsverhältnissen bei Unterbringung in Massenunterkünften durchschlagen müssen; oder der Roma, die sowohl in ihren Herkunftsländern auf dem Balkan als auch in den imperialistischen Zentren aus der regulären Arbeitswelt weg in höchst prekäre Lebensverhältnisse, Ghettoisierung und die Kriminalität abgedrängt werden. Neben der staatlichen Repression durch Lagerunterbringung, Residenzpflicht u.v.m. entfaltet die Bourgeoisie über die faschistische Bewegung und die Medien die stärkste rassistische Hetze gegen sie.

Die BRD nutzt ihre geographische Lage im Zentrum Europas, um die Peripherie-Staaten Griechenland, Italien und Spanien als Pufferzonen zur Abwehr der weltweiten Flüchtlingsströme aus Afrika und dem Mittleren Osten nach Europa einzusetzen. Nach der "Dublin"-Regelung der EU ist derjenige Staat für Asylantrag und "Unterbrin-

gung" eines Flüchtlings zuständig, in dem er zuerst europäischen Boden betreten hat. Die Folge sind heute die katastrophalen Zustände in den überfüllten Lagern in Italien und Griechenland, in denen Flüchtlinge misshandelt werden usw. Das Imperium BRD sucht sich abzuschotten. Wachsende Klassenkämpfe in den "Puffer"staaten drohen, die Mauer um dieses Imperium zu durchlöchern und die politische Stabilität in der BRD auch damit zu unterhöhlen<sup>38</sup>.

## Austerität und Verschärfung der politischen Widersprüche

Die Austeritätspolitik ist eine Maßnahme des Finanzkapitals in Europa, allen voran des deutschen Finanzkapitals, den Kontinent zu seinen Gunsten neu aufzuteilen, die ökonomische und politische Struktur der europäischen Länder ebenso wie der EU als Staatenbund nach seinen Interessen neu zu gestalten und damit die Grundlage für neuen Kapitalexport und das Erzielen von Maximalprofiten aus der Ausbeutung und Ausplünderung dieser Länder zu legen. Mit der neokolonialen Neustrukturierung Europas durch das deutsche Finanzkapital hat dieses ferner die Grundlage gelegt, um nach Höherem, nämlich dem Kampf um die Neuaufteilung der Welt jenseits von Europa zu streben.

Die beginnende weltweite Umwälzung der Industrie auf Basis der Digitalisierung der Produktion und die Machtverschiebung zwischen den imperialistischen Mächten im Energiesektor genügen allein schon,

<sup>38</sup>Die Syriza-Regierung hat Berlin bereits damit gedroht, die Flüchtlinge nach Deutschland weiterziehen zu lassen. "Athen droht Berlin mit Flüchtlingswelle", FAZ v. 10.03.2015

um den deutschen Imperialismus dazu zu zwingen, technisch aufzurüsten, seinen Kapitalexport schnell weiter auszubauen und größere strategische Allianzen einzugehen (eine mögliche Option ist die Vertiefung des Bündnisses mit einem geschwächten Russland<sup>39</sup>, das aufgrund seiner industriellen Struktur als vorwiegender Rohstoffexporteur als imperialistische Macht allein nicht lebensfähig wäre, während die BRD dringend auf die Sicherung ihrer Energieversorgung durch Bündnisse angewiesen ist). Der "Sieg" in der letzten Krise darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Widersprüche des Imperialismus sich jetzt auf höherer Stufenleiter – auch für Deutschland – verschärfen.

In diesem Sinne ist die sorgsam geplante Propagandaoffensive von Gauck, Steinmeier und von der Leyen bei der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang 2014 zu verstehen, die BRD müsse "mehr Verantwortung" in der Welt übernehmen, auf die jetzt eine entscheidende Restrukturierung der Armee und offenbar der Aufbau einer EU-Armee folgen sollen: Das deutsche Finanzkapital rüstet für den nächsten Krieg.

Gleichzeitig hat die Austeritätspolitik die Klassenkämpfe in der gesamten EU verschärft, was sich – neben der wachsenden Migration – seit 2010 in der politischen Widerstandsbewegung gegen die deutschen Spar dikte äußert: Die etablierten Gewerkschaften or-

<sup>39</sup>So schlägt Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, eine Doppelstrategie in der Ukraine-Krise vor und Angela Merkel ist sich sicher: "Wir werden gewinnen." Russland solle durch eine Erhöhung des politischen und militärischen Drucks auf einen und wirtschaftlicher Integration auf der anderen Seite ähnlich wie mit der "Entspannungspolitik" in den 1970er Jahren in die Knie gezwungen und gefügig gemacht werden. vgl. War by others means, Teil I vom 28.01.2015 und Teil 2 vom 9.2.2015; [www.german-foreign-policy/en/fulltext/58822](http://www.german-foreign-policy/en/fulltext/58822) und .../fulltext/58825

ganisierten in Italien, Belgien und anderen Ländern mehrere ein- und mehrtägige Generalstreiks. In Griechenland, Spanien, Portugal, Belgien, Irland und England kam es seit 2010 immer wieder zu Massenprotesten mit teilweise mehreren hunderttausend TeilnehmerInnen gegen die Sparpolitik, bei denen nicht selten deutsche und EU-Fahnen verbrannt wurden. Die Proteste wurden wiederum durch die Aufstände in Nordafrika und im Nahen Osten befeuert.

Mehrere Staatskrisen und Regierungswechsel erschütterten seit 2010 Griechenland, Spanien, Portugal und Italien.

All das wirft für die Herrschenden die Frage auf, wie lange sie ihr politisches System in Europa in der bisherigen Form noch aufrecht erhalten können. Für die Massen drängt sich die Frage auf, wie lange sie sich noch in der bisherigen Form regieren lassen wollen:

In zahlreichen Ländern der Welt entstanden Bewegungen wie "Occupy" und "Indignados", die bei aller ideologischen Verwirrung ihrer Führer Ausdruck dessen sind, dass immer mehr Unterdrückte die Frage nach einer politischen und gesellschaftlichen Alternative aufwerfen. Ausdruck dieser Frage sind auch das Erstarken von Parteien wie Syriza und Podemos (letztere ging aus der Indignado-Bewegung hervor) und Sinn Féin im letzten Jahr – jedoch auch von faschistischen Kräften wie PEGIDA in Deutschland und der griechischen "Goldenen Morgenröte".

In Griechenland stieg die Selbstmordrate infolge des Spardiktats auf das Doppelte an. Am 4. April 2012 erschoss sich der 77 Jahre alte Apotheker Dimitris Christoulas auf dem Syntagma-Platz in Athen. In seinem Abschiedsbrief hatte er geschrieben:

*„Die Besatzungsregierung Tsolakoglou hat die Möglichkeit meines Überlebens ausgelöscht, welche sich auf eine menschenwürdige Rente stützte, für die ich 35 Jahre lang ohne jeglichen Zuschuss vom Staat*

*eingezahlt habe. Da ich ein Alter erreicht habe, bei dem ich nicht mehr in der Lage bin, aktiv zu intervenieren (ohne jedoch auszu-schießen, dass wenn ein Grieche eine Kalaschnikow ergriffen hätte, ich dann der zweite gewesen wäre), finde ich keine andere Lösung als ein würdiges Ende, bevor ich die Mülltonnen durchwühle, um mich zu ernähren. Ich glaube, dass die zukunftslose Jugend eines Tages die Waffen ergreift, um am Platz der Verfassung die nationalen Verräter mit dem Kopf nach unten aufzuhängen, wie es die Italiener 1945 mit Mussolini taten.“<sup>40</sup>*

Die Worte von Dimitris Christoulas bringen die Entscheidung auf den Punkt, die sich den unterdrückten Massen in Griechenland und anderen Staaten angesichts des EU-Diktats immer mehr aufdrängt. Sie bringen auch die Sorge auf den Punkt, welche die imperialistischen Staaten umtreibt.

Die Krise des kapitalistischen Systems macht die Arbeiterklasse und die werktätigen Menschen nicht nur immer ärmer, sondern raubt ihnen buchstäblich jede Lebensperspektive. Es stellt sich für sie die Frage nach einem Ausweg und einer politischen Alternative: Sollen sie die Waffe in die Hand nehmen und sich erheben?

Während sich erfreulicherweise erstaunlich viele Unterdrückte aus den Massen diese Fragen stellen, haben von Ferguson<sup>41</sup> bis Duisburg die Ersten längst ihre Antwort gefunden. Am 7. März 2015 fällt die 19 Jahre junge Kommunistin Ivana Hoffmann, Deutsche mit afri-

<sup>40</sup>Vgl.: Wikipedia, "Griechische Staatsschuldenkrise"

<sup>41</sup>Im März 2015 wird aus einer Demonstration in Ferguson anlässlich des Rücktritts eines rassistischen Polizeichefs auf die Besatzer geschossen, vgl. [www.n-tv.de/politik/Polizei-nimmt-Verdaechtigen-in-Ferguson-fest-article14704481.html](http://www.n-tv.de/politik/Polizei-nimmt-Verdaechtigen-in-Ferguson-fest-article14704481.html)



kanischen Wurzeln, als Internationalistin in Tel Temir im syrischen Bürgerkrieg als Teil der von einigen kommunistischen Parteien gebildeten Internationalen Brigaden im Kampf gegen die ISIS Banden.<sup>42</sup>

Die Gärung in den unterdrückten und ausgebeuteten Massen führt trotz solcher Fragen bislang jedoch noch überwiegend dazu, dass viele den Ausweg und die Alternative in der Wahl neuer Parteien sehen. Auch fortschrittliche Menschen in Deutschland begrüßen den Aufstieg von Kräften wie Syriza, die sich die Reformierung ihrer Staaten und des Systems EU auf die Fahnen geschrieben haben.

Deshalb ist es notwendig, an dieser Stelle das politische Konzept der "Reform des Kapitalismus" hinsichtlich seiner Rolle, seiner Entwicklung und seiner Tauglichkeit in der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems einzuordnen und einzuschätzen.

### III. Zur Rolle des Reformismus in der allgemeinen Krise des Kapitalismus

#### Ideologische Arbeit der Bourgeoisie in den Massen

Durch die Ausplünderung der Kolonien, Neokolonien und abhängigen Länder verschaffen sich die imperialistischen Monopole Extraprofite, die sie im Inneren der imperialistischen Zentren verwenden, um einen Teil der Arbeiterklasse zu bestechen. Auf diese Weise entsteht in den imperialistischen Zentren die **Arbeiteraristokratie**.

Dies ist die ökonomische Grundlage für die politische Spaltung der Arbeiterbewegung und der unterdrückten Massen, für welche die Imperialisten verschiedene Methoden zur Anwendung bringen:

<sup>42</sup>Siehe dazu [www.ivanahoffmann.wordpress.com](http://www.ivanahoffmann.wordpress.com)

Eine zentrale Rolle in der imperialistischen Strategie spielt die **ideologische Faschisierung**, die das Rüsteten für den Krieg und die politische Faschisierung in Form des Ausbaus des Repressionsapparates begleitet und auf den Rückhalt in der Bevölkerung für letztere abzielt: Zu diesem Zweck entfaltet die Bourgeoisie in allen imperialistischen Ländern über ihre Geheimdienste und die faschistische Bewegung eine rassistische und chauvinistische ideologische Arbeit in den Massen, um diese für ihre Ziele zu vereinnahmen<sup>43</sup>. Im Kern geht es darum, die Stimmung in den Massen zu verankern, dass der eigene Besitzstand durch "Ausländer", die "faulen Griechen", jedenfalls aber andere Teile der unterdrückten Massen in Deutschland und Europa bedroht ist – wodurch vor allem das Kleinbürgertum und die Arbeiteraristokratie angesprochen werden – oder dass die eigene Armut und Perspektivlosigkeit auf das Wirken "äußerer Feinde" zurückzuführen ist, weshalb die eigene Nation gestärkt werden müsse – eine Parole, die vor allem darauf abzielt, in den untersten Schichten des Proletariats ("Prekariat") zu verfangen.

Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Beschwörung eines "Kampfs der Kulturen", welche die Bourgeoisie seit den 90er Jahren in verstärktem Maße in den Massen der imperialistischen Zentren organisiert. Faschistische Kräfte wie die Republikaner (seit den 80er Jahren), Pro Köln (seit den 90er Jahren), ultrarechte Weblogs im Internet und neuerdings PEGIDA und HoGeSa stellen einerseits die "Islamisierung" als Gefahr für das "demokratische Abendland", andererseits die "Asylbetrüger" ins Zentrum ihrer rassistischen Hetze.

<sup>43</sup>Siehe hierzu den Artikel "Die Bewegungen PEGIDA und HoGeSa und die Perspektiven des proletarischen Antifaschismus", [www.komaufbau.org](http://www.komaufbau.org)

Die faschistische Ideologie ist die Ideologie der offenen und direkten Mobilisierung für die Ziele der aggressivsten Teile des eigenen Imperialismus. Ihre entscheidenden Elemente sind der offene Antikommunismus, die Vernebelung des Klassenkampfes durch die idealistische Konstruktion von Identitäten und Feindbildern, die Mobilisierung für den Krieg entlang dieser "Feindlinien" und die bedingungslose Unterordnung unter das bürgerliche System, verbunden mit dessen Verherrlichung<sup>44</sup>.

## Opportunismus und Reformismus

Auf der anderen Seite haben die Monopole aufgrund der Erfahrungen aus den Konterrevolutionen in Deutschland, Ungarn, der Sowjetunion und anderen Ländern die Strategie entwickelt, die Arbeiteraristokratie auf der Basis der ökonomischen Bestechung auch politisch ins bürgerliche System zu integrieren und bürgerliche Abteilungen oder "Agenturen" in den Reihen der Arbeiterbewegung aufzubauen, um diese vom revolutionären Kampf wegzuführen und an den Imperialismus zu ketten.

Die Bestechung der Arbeiteraristokratie durch die Monopole ist die ökonomische Grundlage für das Entstehen des Opportunismus in der Arbeiterbewegung in der Phase des Imperialismus. Der Opportunismus umfasst alle politischen Positionen und Strömungen im Proletariat, die vom revolutionären Kampf abgehen und Kompromisse prinzipieller Natur mit dem Klassenfeind schließen. Er entsteht und existiert in allen Phasen des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie in verschiedenen Formen – und bildet bis zum

<sup>44</sup>Ebd.

entwickelten Kommunismus die entscheidende Gefahr für die Revolution: Vom Aufbau der Partei bis zur entwickelten Diktatur des Proletariats.

Um den Opportunismus großzuziehen, organisiert die Bourgeoisie über ihre Geheimdienste eine vielfältige, auf unterschiedliche Strömungen sich stützende ideologische Zersetzungsarbeit in der Arbeiterbewegung und politischen Widerstandsbewegung. Die vorherrschenden Ausdrucksformen des Opportunismus sind bis heute die Sozialdemokratie, der Revisionismus und der Trotzkismus.

Die Ideologie des Kompromisses der Arbeiterbewegung mit dem Imperialismus und seinen strategischen Zielen ist der **Reformismus**, der eine ausformulierte, in sich geschlossene Variante des Opportunismus darstellt und in allen Strömungen desselben, häufig in versteckter Form, anzutreffen ist. Der Reformismus besagt, dass der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht unversöhnlich ist; dass ein Klassenkompromiss möglich ist; dass die Widersprüche, die der Kapitalismus hervorbringt, lösbar sind, ohne das Kapitalverhältnis als solches zu beseitigen.

Auf der ökonomischen Grundlage der Extraprofite, welche die imperialistischen Monopole auf der Grundlage der Ausplünderung der Kolonien und Neokolonien erzielen, vertritt der Reformismus zunächst vorwiegend eine **Verteilungsideologie**, die darauf abzielt, die Teilhabe der ausgebeuteten Massen an den Extraprofiten auszubauen oder zumindest aufrecht zu erhalten. In den abhängigen Ländern läuft das reformistische Programm in der Regel darauf hinaus, die Ausplünderung durch das internationale Finanzkapital zu begrenzen, ohne es abzuschaffen, und die Notlage der Massen zu lindern. Der Reformismus ist dort bisweilen auch die Ideologie und politische Bewegung des "nationalen" Flügels der Bourgeoisie, der

ein Interesse an der Entwicklung einer eigenen Industrie und der Verwertung seines eigenen Kapitals im eigenen Land hat und zu diesem Zweck die proletarischen und bäuerlichen Massen über den Weg der Verteilung auf seine Seite zu ziehen sucht. Solche Prozesse können in bestimmten, begrenzten Etappen in ehemaligen Kolonien und Neokolonien durchaus einen fortschrittlichen Charakter haben, objektiv antiimperialistisch sein und heftige Auseinandersetzungen mit dem Imperialismus und dem "Komprador"-Flügel der Bourgeoisie<sup>45</sup> hervorrufen, wie aktuell in Venezuela<sup>46</sup>.

Der Reformismus als Ideologie und politisches Konzept gibt sich einen fortschrittlichen Anstrich, lehnt aber den revolutionären Klassenkrieg zum Sturz der Bourgeoisie ab. Das ist sein Wesen. Selbst in den Varianten, in denen er sich als "revolutionär" verkleidet, ist er im Kern antikomunistisch und leistet in diesem Sinne die ideologische Zersetzungsarbeit in den Massen, indem er sich gegen die Revolution und die Diktatur des Proletariats richtet, wo sie konkret wird und ernsthaft droht, den Imperialismus zu beseitigen: Z.B. geben sich bestimmte Strömungen des Trotzkismus durchaus revolutionär, verhüllen damit jedoch ihre tatsächliche Ablehnung der Diktatur des Proletariats in Form des "Anti-Stalinismus".

Dem Reformismus kommt in der Strategie der Imperialisten in der allgemeinen Krise des Kapitalismus die Funktion zu, die Massen vom revolutionären Kampf abzubringen, über die falsche Perspektive der Lösbarkeit der kapitalistischen Widersprüche auf dem Weg der Reform an den bürgerlichen Staat und seine Institutionen

<sup>45</sup>Kompradoren sind die einheimischen Vermittler zwischen den ausländischen Monopolen und dem kolonialen Absatz- und Rohstoffmarkt.

<sup>46</sup>Ein anderes Beispiel war die 1973 weggeputschte Allende-Regierung in Chile.

zu binden, damit die Imperialisten die Kontrolle über die politische Widerstandsbewegung erlangen.

Im Sinne dieser strategischen Einbindung vollzog die imperialistische Bourgeoisie in Deutschland im Zuge der Revolution und Konterrevolution von 1918/19 den politischen Übergang vom Kaiserreich zur "demokratischen Republik" von Weimar: Sie erhielt ihre Macht mit der Hilfe der Parteien der II. Internationale, die sich schon zu Beginn des Krieges dem eigenen Imperialismus untergeordnet hatten, bis zur Novemberrevolution schrittweise in den Staatsapparat einbezogen wurden<sup>47</sup> und in der Weimarer Republik die politische Führung im Auftrag der Monopole übernahmen<sup>48</sup>, bis sie später von den klassischen bürgerlichen Parteien (Zentrum, Liberale usw.) und danach dem Faschismus abgelöst worden sind.

## Reformistische Strömungen in Europa seit 1945

Nach 1945 gelang es dem Finanzkapital immer wieder, die Führungskräfte der Arbeiterbewegung und der politischen Widerstandsbewe-

<sup>47</sup>u.a. Stinnes-Legien-Abkommen: Anerkennung der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiterschaft durch die Unternehmer, Schaffung von Kollektivverträgen und Arbeiterausschüssen (später: Betriebsräten) in den Betrieben; Annäherung zwischen gemäßigten bürgerlichen Parteien und der SPD und erfolgreiche Einbringung einer "Friedensresolution" in den Reichstag (Juli 1917); Einführung parlamentarischer Staatssekretäre im Oktober 1918

<sup>48</sup>Die Einbindung der SPD in die Regierung war auf der Ebene der Monopole mit einer Machtverschiebung zugunsten der Chemie- und Elektroindustrie und zuungunsten der Ruhr-Schwerindustrie (Krupp etc.) verbunden.

gung, aufbauend auf antikomunistische ideologische Zersetzungsbearbeit, in den Staatsapparat zu integrieren:

Irregeleitet von der reformistischen Ideologie und den antimarxistischen Theorien des sogenannten "Neomarxismus" der Frankfurter Schule, riefen führende Aktivisten der Studentenbewegung von 1968 um Rudi Dutschke zum "langen Marsch durch die Institutionen" (= zur Übernahme von Funktionen im Staatsapparat) auf. Ein großer Teil der politischen Führer von 1968 landete, ebenso wie Aktivisten der autonomen, der Friedens- und der Anti-AKW-Bewegung der 1970er und 1980er Jahre sowie der K-Gruppen später bei der Partei "Die Grünen", die heute eine staatstragende Partei des Monopolkapitals ist, die vor allem das gehobene Kleinbürgertum mit "alternativem" und "ökologischem" Anspruch erreichen soll. Isbs. war es die Grüne Partei, die 1998 den ersten direkten Angriffskrieg der BRD auf Jugoslawien zur Eroberung von Kosova anordnete und damit – weil sie es tat und "humanistisch" mit der Verhinderung eines "zweiten Auschwitz" begründete – einen Teil der Friedensbewegung in der BRD ruhig hielt. Heute sind die Grünen, deren Führungspersonal fester Bestandteil von deutsch-amerikanischen Think Tanks wie der "Atlantikbrücke" sind, die vehementesten Kriegshetzer gegen den russischen Imperialismus, wobei sie ihrer Hetze nach wie vor einen humanitären Anstrich zu verleihen versuchen.

Die ehemaligen kommunistischen Parteien Italiens, Spaniens und Frankreichs (und ebenso Japans) beschlossen Ende der 1970er Jahre auch verbal die Abkehr vom Leninismus und von der proletarischen Revolution und bezeichneten sich fortan als "demokratisch-marxistisch", "demokratisch-sozialistisch" u.ä. Sie propagierten offen den Weg des Parlamentarismus und der ideologischen Beliebigkeit ("Pluralismus"), d.h. der Unterordnung unter den bürgerlichen Staat

und die bürgerliche Ideologie. Ihre politische Richtung wurde in der westlichen Propaganda feixend als **“Eurokommunismus”** bezeichnet<sup>49</sup>. In der Folge dieser Entwicklung spaltete sich die italienische Partei mehrfach und ist größtenteils in der heutigen Regierungspartei **“Partito democratico”** aufgegangen, welcher der amtierende Ministerpräsident Renzi und der ehemalige Präsident Napolitano (einer der Vordenker des **“Eurokommunismus”**) angehören, die beide treue Vasallen der Merkel-Regierung sind.

Die **“Eurokommunisten”** setzten die Ersetzung des Marxismus-Leninismus durch den Reformismus in der kommunistischen Weltbewegung konsequent fort, der lange vorher durch Tito in Jugoslawien und Chruschtschow in der Sowjetunion begonnen wurde. Seit dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 hatten die Revisionisten unter Chruschtschow die marxistisch-leninistische Lehre von der proletarischen Revolution und der kommunistischen Partei in ihrer Partei beseitigt und unter anderem den **“parlamentarischen Weg zum Sozialismus”**, die **“friedliche Koexistenz”** mit dem Imperialismus und die Partei des **“ganzen Volkes”** propagiert. Der XX. Parteitag der KPdSU schuf die passende Ideologie für die materielle Beseitigung der sozialistischen Errungenschaften in der Sowjetunion und in den anderen Ländern des Ostblocks, die Wiedereinführung des Kapitalverhältnisses, die Verwandlung der Sowjetunion in einen imperialistischen Staat und die ökonomische Unterordnung der RGW-Staaten<sup>50</sup> sowie das Wiedereindringen des westlichen Imperialismus

<sup>49</sup> Vgl. Enver Hoxha, **“Eurokommunismus ist Antikommunismus”**, Tirana 1980  
<sup>50</sup> Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe” (auch: Comecon) – gegründet 1949.

Mitgliedsstaaten waren die Sowjetunion, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, die Tschechoslowakei, Albanien und die DDR. Später folgten die Mongolei, Kuba, Vietnam und (eingeschränkt) Jugoslawien.

durch Kapitalexporth in alle Staaten des Ostblocks. All das haben die Revisionisten an der Macht seit den 1950er Jahren in die Tat umgesetzt – und sich damit in letzter Instanz ihr eigenes politisches Grab geschaufelt: Am Ende dieses Prozesses erfolgte 1989/90 die von den westlichen Geheimdiensten generalstabsmäßig geplante Zerschlagung des Ostblocks durch Volksaufstände, die unter der Führung pro-imperialistischer, teils faschistischer Kräfte standen<sup>51</sup>. In der Folge übernahmen auch in der SED und in den anderen osteuropäischen Staatsparteien **“eurokommunistische”** Kräfte das Ruder und verwandelten diese in offen reformistische Parteien wie die heutige **“Linkspartei”** (vormals PDS).

## Parlamentarismus

In der modernen, imperialistischen **“demokratischen Republik”** gibt es zwei wesentliche, materielle Werkzeuge, mit denen die Bourgeoisie die reformistischen und ideologisch irregeleiteten Führungsfiguren der Arbeiterklasse und der politischen Widerstandsbewegung in den Staatsapparat und das bürgerliche System einbindet: Das sind der **Parlamentarismus** und die **Staatsgewerkschaften**.

Das System des Parlamentarismus dient dem Zweck, in den Massen die Illusion zu erzeugen, dass der Staat der imperialistischen Monopole über den Klassen stehe, dass alle Klassen im Kapitalismus über Wahlen und Parlament gleichberechtigt an der Erarbeitung der Politik beteiligt seien. Der Parlamentarismus verdeckt durch die

<sup>51</sup> Man nehme z.B. die Bewegung Solidarnosc in Polen, die vom Vatikan unter Papst Wojtyła gesponsert wurde – oder aber die heutigen **“Opferverbände”** in Deutschland, die von Faschisten und rechten Esoterikern durchsetzt sind.

Wahlen, die alle paar Jahre stattfinden, und durch die scheinbaren Unterschiede zwischen den Parteien, dass 1. die Politik des Staates direkt durch die Monopole bestimmt wird; 2. diese Politik einer langfristigen Strategie folgt, die nicht davon abhängt, welche Partei die Regierung führt; sondern im Gegenteil die Zusammensetzung der Regierung sich danach richtet, welche strategischen und taktischen Schritte die Bourgeoisie in der laufenden Periode plant (siehe obiges Beispiel der Grünen im Zusammenhang des Jugoslawienkriegs); dass die Bourgeoisie überdies die Regierungszusammensetzung durch Medienkampagnen im Vorfeld von Wahlen, durch Inszenierung einer "Wechselstimmung" u.dgl. vorbereitet; 3. dass die Kontrolle der Monopole und die Einhaltung ihrer Strategie durch den "tiefen Staat", bestehend aus den Geheimdiensten und ihren Kadern in allen politischen und gesellschaftlichen Organisationen (Parteien vom reformistischen über den bürgerlich-liberalen bis zum faschistischen Flügel, faschistische Terrororganisationen, u.v.m.) gesichert wird.

Das parlamentarische System, das es den Massen gestattet, alle vier Jahre durch Wahlen Einfluss darauf zu nehmen, welches Personal aus den imperialistischen Kadernschmieden die imperialistische Politik formell beschließt, dient der Bindung der Massen an den bürgerlichen Staat und der Identifikation mit diesem Staat. Es dient dazu, die Massen in dem Geist zu erziehen, dass sie Stellvertreter bestimmen, die für sie die politischen Geschäfte wahrnehmen, während sie sich passiv verhalten, der Lohnarbeit, der Heranbildung des proletarischen Nachwuchses und den Freizeitaktivitäten des imperialistischen Kulturbetriebs hingeben (Fernsehen, Urlaub, usw.). Es dient damit letztlich der Entpolitisierung, Desorganisierung und Individualisierung der Arbeiterklasse.

Die Einbindung ideologisch irregeleiteter, führender Aktivisten aus der Arbeiterklasse und der politischen Widerstandsbewegung ins parlamentarische System erhält dessen Funktionsweise aufrecht: Es erzeugt bei den Massen die Illusion, dass "ihre" Führer dafür sorgen werden, dass ihre Interessen im Staat zur Geltung gebracht werden; es macht die Führer zu Identifikationsfiguren mit dem bürgerlichen Staat und festigt den Glauben an die "freiheitlich-demokratische Grundordnung"; es erzeugt bei den Führern wiederum durch fette Abgeordnetenbezüge und allerlei Privilegien ein materielles Interesse an ihrer Bindung zum Staat.

## Staatgewerkschaften

Denselben Zweck dienen die etablierten Staatgewerkschaften wie die DGB-Gewerkschaften in Deutschland. Die Führung dieser "Gewerkschaften" liegt fest in der Hand der imperialistischen Bourgeoisie. Über ihre wesentliche Machtbasis, die Betriebsräte, sind die Staatgewerkschaften fest mit den kapitalistischen Monopolen verwoben. Gewerkschaften wie die IG Metall sind selbst kapitalistische Konzerne, deren "Streikkasse" in Wahrheit fungierendes Kapital ist, das sich unter anderem durch Beteiligungen an Transfergesellschaften (d.h. durch das Geschäft mit Massenentlassungen in der allgemeinen Krise!), durch Immobilien- und Spekulationsgeschäfte verwertet<sup>52</sup>. Gewerkschaftssekretäre und Betriebsräte werden bis in die unteren Ebenen des Apparats als Co-Manager in Aufsichtsräten,

<sup>52</sup>Vgl.: "Deutschlands mächtigster Manager – Der (un)heimliche Einfluss der IG Metall", Wirtschaftswoche v. 30.04.2011

mit Geld, Dienstwagen und Privilegien materiell an der Steigerung der Profitrate in ihren Betrieben interessiert.

Die Staatsgewerkschaften dienen ebenso wie der Parlamentarismus der Erziehung der Massen zum Reformismus, zum Stellvertreterdenken und zur Passivität. Bejahung der imperialistischen, "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" ist grundlegendes Gesetz beim DGB, der Klassenkompromiss das ideologische Programm. Anstatt sich selbst für ihre Interessen einzusetzen und sich dafür zu organisieren, sollen die ArbeiterInnen bei Betriebsratswahlen ihre Stimme und damit das Eintreten für ihre Interessen an Funktionäre eines bürgerlichen Apparates abgeben. Streiks im Rahmen ritualisierter Tarifverhandlungen dienen der Einbindung der Arbeitermassen in dieses System, verbleiben bei allem Verbalradikalismus jedoch innerhalb der Gesetze des bürgerlichen Staates. Hauptklientel von Staatsgewerkschaften wie IG Metall, IG BCE und Verdi sind die Stammbetriebschaften in der Industrie und der öffentlichen Verwaltung, d.h. insbesondere die Arbeiteraristokratie.

Wenn die Widersprüche in Zeiten von steigender Hetze am Arbeitsplatz, sinkender Reallöhne und Massenentlassungen für das übliche jährliche Tarifspiel zu groß werden, schlägt die Stunde der linken Sozialdemokraten, Revisionisten und Trotzkisten, die den rechten Flügel der Gewerkschaftsführung lauthals kritisieren, härtere Kämpfe einfordern und organisieren und dabei teilweise sogar Gesetze überschreiten. Sie ordnen die Kämpfe jedoch in aller Regel der "gewerkschaftlichen Einheit" unter und fangen radikalisierte Massen damit wiederum für das System der Staatsgewerkschaften ein. Während solche Kämpfe in der BRD noch relativ schwach ausgeprägt sind und es in Gestalt des DGB tatsächlich noch weitestgehend die "Einheitsgewerkschaft" gibt, funktioniert das System der Integration

in anderen europäischen Ländern wie Belgien und Griechenland, wo es vermeintlich radikalere Kämpfe und verschiedene Gewerkschaften nach Parteizugehörigkeit o.ä. gibt, der **Form** nach zwar anders, dem **Inhalt** nach aber auf dieselbe Art und Weise<sup>53</sup>.

Für irreführende Aktivitäten aus der linken Bewegung stellen die Staatsgewerkschaften ebenso wie der Parlamentarismus und andere bürgerliche Institutionen häufig eine bequeme Perspektive dar, einen mächtigen Apparat mit finanziellen Mitteln, Einfluss und allem, was dazu gehört, für den vermeintlichen "Klassenkampf" nutzen zu können. Auf diesem Irrglauben fußt u.a. das trotzkistische Politikkonzept des "Entrismus" in bürgerliche Parteien und die Gewerkschaften. Für viele von ihnen ist eine Funktion im Gewerkschaftsapparat nach Jahren des politischen Kampfes, der mit materieller Not und Repression am Arbeitsplatz einhergegangen sein kann, auch ein "sicherer Hafen" zur Erlangung einer bürgerlichen Existenz. Aus der Sicht der Bourgeoisie ist das ein gutes Geschäft: Sie verkauft materielle Sicherheit an Politaktivisten im Gegenzug für deren Arbeit zur Einbindung der Massen ins bürgerliche System.

Mit derartigen Methoden schaffte es die Bourgeoisie bspw. einen bedeutenden Teil der früheren Kader der revolutionären KPD/ML in den 1980er Jahren in den Funktionsapparat der Gewerkschaften des DGB zu integrieren. Die Liquidierung der KPD/ML durch die

<sup>53</sup>Um nur ein Beispiel zu nennen: In Belgien gehört es zur gewerkschaftlichen Tradition, bei Aktionen Autoreifen anzuzünden und Böller explodieren zu lassen (wie am 7. November 2012 in Köln zu sehen war, als 250 Ford-Arbeiter aus dem belgischen Genk vor der Ford-Europazentrale gegen die Schließung ihres Werkes protestiert haben und von einem Polizei-Großaufgebot angegriffen worden sind). Die drei großen belgischen Gewerkschaften sind jedoch ebenfalls Staatsgewerkschaften, die politisch den verschiedenen Parteien (Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberale) zuzuordnen sind.

Vereinigung mit der trotzkistischen GIM (Gruppe Internationaler Marxisten) im Jahr 1985 zur VSP (Vereinigte Sozialistische Partei) geschah unter anderem auf dieser Grundlage und mit finanziellen Lockmitteln<sup>54</sup>.

Die Integration ins bürgerliche System<sup>55</sup> durch Parlamentarismus und Staatsgewerkschaften geschieht in Wechselwirkung mit der ideologischen Zersetzungsarbeit durch Reformismus und Antikommunismus in ihren verschiedensten Schattierungen.

## Die Krise des Reformismus und der Faschismus

Anfang der 2000er Jahre schuf die Schröder-Regierung – zeitgleich zur Terror-Serie des NSU, zu den Terroranschlägen islamistischer

<sup>54</sup>Schilderungen früherer KPD/ML-Mitglieder zur Vereinigung mit der GIM beschreiben u.a.: *“Die GIM hatte jede Menge Geld – wir hatten keines.”* Welche ideologischen Fehler der KPD/ML schon viel früher dazu geführt haben, dass Teile der kommunistischen Bewegung den finanziellen Lockmitteln erlegen sind, steht auf einem anderen Blatt.

<sup>55</sup>Wie diese Integration auch jenseits der Parlamente und Staatsgewerkschaften verläuft, erörtert anhand vieler Beispiele die Artikelreihe *“Bewegung und Beruf“* in der operaitischen Zeitung Wildcat, Teil 1 Nr. 96 Frühjahr 2014 und Teil 2 Nr. 97 Winter 2014/2015. In Teil 2 wird auf S. 60 folgende wahre Begebenheit mitgeteilt: *“In den 70er Jahren bewarb sich der Stuttgarter Ortsvorsitzende der (Inlandestiner) KPD/AO bei IBM; im abschließenden Personalgespräch wurde dem verdutzten Genossen erklärt: ‘Wir wissen natürlich, was sie politisch machen! Wir stellen sie nicht trotzdem, sondern deswegen als Abteilungsleiter ein. Wer einen solchen Haufen zusammenhalten kann, der kann leicht eine Abteilung bei IBM führen.’ (Zitat aus dem Gedächtnis und nicht wörtlich)”*

Faschisten, zur Vorbereitung und Durchführung des Krieges in Afghanistan und zur Zerschlagung der autonomen Antifa-Bewegung in Deutschland durch die pro-zionistischen *“Anti-Deutschen”* – Institutionen des *“staatlichen Antifaschismus”* wie die kommunalen Initiativen *“gegen Rassismus”*, *“für Demokratie und Toleranz”* usw. und verschaffte damit abermals verkrachten Existenzen aus der politischen Widerstandsbewegung die Chance auf einen Job für den Staat, der zumindest scheinbar mit dem eigenen politischen Anspruch vereinbar war.

Es mag paradox erscheinen, dass die Bourgeoisie einerseits über ihre Geheimdienste faschistische Bewegungen wie NSU, PEGIDA u.a., andererseits islamistische Faschisten im Mittleren Osten und in Europa aufbaut und drittens staatliche Antifa-Institutionen finanziert, die in großen Städten zu Gegenprotesten aufrufen.

In Wahrheit ist dieses Vorgehen des Staates ein Beispiel für die strategische Handhabung eines komplexen Gesamtgefüges von gesellschaftlichen Widersprüchen in der Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus, in der die Bourgeoisie eines jeden Landes im Bündnis mit anderen Bourgeoisien den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse ebenso niederhalten muss wie die nationalen Befreiungskämpfe in den abhängigen Ländern und ebenso den Krieg gegen die imperialistischen Konkurrenten vorbereitet, um die Neuaufteilung der Welt zu ihren Gunsten zu erzielen.

Zum Zwecke der Niederhaltung der Revolution und zur Einstimmung der Massen auf die eigenen imperialistischen Ziele setzt die imperialistische Bourgeoisie vielfältige, teils verfeindete bürgerliche politische Strömungen – wie Faschismus, Sozialdemokratie und Revisionismus – ein, die auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlichen Inhalten die unterdrückten Massen für das bürgerli-



che System einfangen sollen. Am Beispiel des Komplexes islamischer Fundamentalismus – PEGIDA – reformistischer Antifaschismus kann man sich das anschaulich vor Augen führen: Während ein Teil der unterdrückten Massen mit fundamentalistischen Ideen im Kopf begeistert für die Imperialisten in den "Dschihad" nach Syrien zieht und der andere Teil massenhaft mit rassistischen Ideen im Kopf im Sinne des "Kulturkampfes" gegen die "Islamisierung" auf die Straße geht, kann sich der dritte Teil – mit "demokratischen", reformistischen und pazifistischen Ideen im Kopf – am Abend zufrieden auf die Schultern klopfen, weil seine Kundgebung die größte und die anständigste war – und man konnte sogar noch ein Bier dabei trinken! Die Führer der bürgerlichen Parteien können sich angesichts dieser Widerspruchslage ausgleichend und moderierend geben und die politischen Schritte umsetzen, die für das Monopolkapital anstehen: z.B. die Verschärfung der Asylgesetzgebung und die Aufrüstung für den nächsten Krieg.

Faschismus und Reformismus dienen beide auf der Grundlage zunehmender Widersprüche im Kapitalismus der ideologischen Einbindung der Massen, die vom politischen System und den etablierten bürgerlichen Parteien enttäuscht sind und nach Veränderung streben.

Der Faschismus trägt die reaktionärsten Stimmungen, Gefühle und Denkmuster in die Massen und greift sie politisch auf, um für die Ziele der aggressivsten Teile des Finanzkapitals zu mobilisieren. In aller Regel vollzieht er dies in offener und aggressiver Abgrenzung zu den etablierten bürgerlichen Parteien.

Der Reformismus greift fortschrittliche Bewegungen auf, wo sie entstehen und führt sie zum Klassenkompromiss. Um politisch zu bestehen und seinen Zweck für die Bourgeoisie zu erfüllen, muss der

Reformismus auf der institutionellen Ebene tatsächlich um Reformen, und seien es nur ein paar Brocken für die Massen, kämpfen. Viele Reformisten tun dies sogar mit ehrlicher Überzeugung.

Der innere Widerspruch des Reformismus besteht darin, dass sich im Zuge der fortschreitenden allgemeinen Krise die ökonomischen Spielräume, die Massen an Extraprofiten teilhaben lassen, immer mehr einengen.

Dieser innere Widerspruch führt zu zwei wichtigen Konsequenzen:

1. Da die Unterordnung unter das bürgerliche System und damit die Kapitalverwertung das entscheidende Wesensmerkmal des Reformismus ist, muss er in Zeiten der Krise dazu übergehen, die ökonomisch für das Kapital notwendigen Angriffe auf die Lage der Arbeiterklasse selbst zu organisieren, Kriege zu führen u.v.m. – ganz gleich, ob er dies in politischen Funktionen tut, z.B. in der Regierung, oder in den reformistischen Gewerkschaften.

In Phasen zyklischer Krisen – grundlegend jedoch mit dem Fortschreiten der allgemeinen Krise – wird die Möglichkeit des Reformismus, die Illusionen der Massen in die Reformierbarkeit des Systems mit materiellen Maßnahmen zu untermauern, geschwächt und seine Funktion, vor den Massen die Angriffe des Staates und des Kapitals auf sie mit Sachzwängen zu rechtfertigen, wird zunehmend vorherrschend. Die objektive Logik des Kapitalismus treibt die politische Linie des Reformismus immer mehr in Richtung der offensiven Mobilisierung für die imperialistischen Ziele und ihrer Organisation, und damit in Richtung der politischen Linie des Faschismus.<sup>56</sup>

<sup>56</sup>Zu dieser objektiven Logik, die von der KI und KPD in der Krise nach 1929 unter dem politischen Begriff Sozialfaschismus analysiert wurde, vgl. auch den Diskussionsbeitrag von Simone Reymers, "Die historische Bolschewisierung, Exkurs: Sozialfaschismus" in der Broschüre "Die Bolschewisierung

Mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus gerät auch der Reformismus als Ideologie und politische Strömung zunehmend in eine Krise. In der Regel macht sich dies in Flügelkämpfen und der zunehmenden Tendenz zu Spaltungen zwischen aggressiven und weniger aggressiven Flügeln bemerkbar: Ein Beispiel hierfür war die Gründung der WASG und Linkspartei in den Jahren 2004/2005, nachdem die SPD-Grünen-Regierung unter Schröder mit der Agenda 2010 die größte ökonomische Angriffswelle auf die Lage der Arbeiterklasse seit Bestehen der BRD begonnen hatte. Die Linkspartei teilt sich wiederum in einen "pragmatischen", eher SPD-orientierten, und einen weniger kompromissbereiten reformistischen Flügel.

Dass die objektive Logik der Krise und Faschisierung übrigens auch den "klassisch-bürgerlichen" Flügel des Parteienspektrums betrifft, zeigen aktuell die Entwicklungen der CDU und FDP und die Neuentstehung der ultrarechten AfD.

Die Krise des Reformismus äußert sich insgesamt darin, dass die reformistische Bewegung aufgrund ihres Versuchs, einen Spagat auf antagonistischen Klassenverhältnissen zu machen, tendenziell zwischen diesen Klassen zerrieben wird: Gegenüber der Arbeiterklasse wird der Reformismus zunehmend ungläubwürdig, weil er sich politisch tendenziell der Position der Faschisten annähert. Für die Bourgeoisie sind die Reformisten nützliche Idioten und keineswegs "Ihresgleichen". Die Faschisten hassen und bekämpfen den Reformismus ehrlich, weil er fortschrittliche Bewegungen aufgreift und damit den "nationalen Aufstieg" behindert: In Norwegen begründete der Faschist Anders Breivik seinen Bombenanschlag auf das Osloer Re-

---

der Kommunistischen Partei Deutschlands"; S. 17 bis 19; Download unter [www.komaufbau.org/wp-content/uploads/2015/02/Bolschewisierung.pdf](http://www.komaufbau.org/wp-content/uploads/2015/02/Bolschewisierung.pdf)

gierungsviertel und das anschließende Massaker an der sozialdemokratischen Jugend politisch als gegen den "Islamisierung"-Kurs der bürgerlichen, sozialdemokratischen Regierung gerichtet<sup>57</sup>.

Die Krise führt jedoch nicht dazu, dass der Reformismus als politische Strömung von selbst abstirbt, sondern ist – spiegelbildlich zum Kapitalismus als Gesellschaftsformation – die Verlaufsbildung zur Entwicklung. Weil er eine systemerhaltende Funktion für die Bourgeoisie erfüllt und auf der ideologischen und ökonomischen Verbürgerlichung eines Teils der Arbeiterklasse im Imperialismus basiert, wird er trotz fortschreitender Krise stets von neuem, teils in neuem Gewand, in Form vermeintlich neuer politischer Bewegungen entstehen. Sein politischer Spielraum wird jedoch zunehmend kleiner und die Zerreibungs- und Faschisierungstendenzen, denen er ausgesetzt ist, immer größer.

2. Die Tendenz des Reformismus, sich dem Faschismus politisch anzunähern, macht sich in Kombination mit der vom Staat organisierten, ideologischen Faschisierung auch in den Köpfen der von ihm fehlgeleiteten Massen bemerkbar.

In einer soziologischen Studie über "Gewerkschaften und Rechtsextremismus", die zwischen 2002 und 2004 im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung unter Gewerkschaftsmitgliedern durchgeführt wurde, lesen wir unter anderem:

*"Gewerkschaften in Deutschland sind Vorkämpfer und Stützen der Demokratie. Viele ihrer Aktiven engagieren sich gegen Rechtsextremismus. Dennoch sind die Mitglieder keineswegs immun gegen den Ruf nach dem starken Führer und nach der Verfolgung von Sündenböcken." Die Autoren berichten über Ergebnisse einer Stu-*

---

<sup>57</sup>Vgl. Breiviks Abschlussrede vor Gericht am 22.06.2012

die zu rechtsextremen Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern. Danach sind gerade die Kerngruppen der Gewerkschaften anfällig für rechtsextreme Deutungen. Wachsende Existenzangst der Arbeitnehmer-Mittelschicht und das Gefühl, sozial und politisch zu den Verlierern zu gehören, wirken als Einfallstore für rechtsextreme Ideologien. (...)"

"(...) Unter den Funktionären scheint es eine Minderheit zu geben, die, möglicherweise aus Verzweiflung über den eigenen Machtverlust und den ihrer Organisation, mit rechtsextremen Ideen liebäugelt. So sind unter den Funktionären (Anmerkung: Funktionäre in dieser Studie waren "fast ausschließlich ehrenamtliche, gegenwärtige Funktionsträger", also keine hauptamtlichen Berufsgewerkschafter!) 11 Prozent prinzipiell bereit, auch mal eine rechtsextreme Partei zu wählen, während von den sonstigen Aktiven nur 7 Prozent diese Bereitschaft bekunden (passive Mitglieder: 11 Prozent). Auch den harten rechtsextremen Statements aus unserer Fragebatterie stimmen 9 Prozent der Funktionäre, aber nur 7 Prozent der sonstigen Aktiven zu (passive Mitglieder: 8 Prozent).<sup>58</sup>

10 Jahre vor Sarrazin, den Wutbürgern und Pegida fördert die Studie – allen verzweifelten Verharmlosungen der tief erschütterten gewerkschaftslinken Autoren zum Trotz – in ihren Detailbefunden den Zusammenhang zwischen Reformismus in der Krise und Annäherungen an die faschistische Ideologie klar zu Tage:

"Dass auch der Kern der Gewerkschaftsbasis, etwa die Stammbesetzungen der westdeutschen Großbetriebe, anfällig für den Rechtsextremismus ist, belegt folgender Befund: Unter den Mitgliedern der

<sup>58</sup>"Gewerkschaften und Rechtsextremismus", Zeuner, Gester, Fichter, Kreis, Stöss, Verlag "Westfälisches Dampfboot", S. 39

Großbetriebe (ab 500 Beschäftigte) sind 19 Prozent (West 19 Prozent, Ost 12 Prozent) rechtsextrem eingestellt, unter den Nicht-Mitgliedern in den Großbetrieben nur 8 Prozent. (...) Alarmierend ist weiterhin, dass auch die Funktionäre, die zur Mittelschicht gehören, überdurchschnittlich anfällig für rechtsextremes Denken sind: Sie erreichen einen Wert von 22 Prozent ..."<sup>59</sup>

Jeder fünfte (ehrenamtliche) Gewerkschaftsfunktionär aus der Mittelschicht in einem westdeutschen Großbetrieb verfügte 2003 über ein geschlossenes faschistisches Weltbild! Die Zahlen sind seitdem sicher weiter gestiegen und dürften bei den nicht befragten hauptamtlichen und nach wie vor in der IG Metall fast immer sozialdemokratischen Funktionären – wie u.a. die Reaktion innerhalb der SPD auf Sarrazin gezeigt hat – noch höher liegen.

Analysen der letzten Wahlen in der BRD zeigen zudem, dass es gerade zwischen dem linken Reformismus in Gestalt der Partei "Die Linke" und der ultrarechten AfD eine hohe Wählerfluktuation gibt<sup>60</sup>.

Der Reformismus ordnet sich dem bürgerlichen System, dem bürgerlichen Staat und der bürgerlichen Ideologie unter, die das Wohl der eigenen Nation über den Klassenkampf stellt, Nationalismus und Chauvinismus in die Massen trägt. Er erzieht die Massen zu Passivität, Stellvertreterdenken, Individualismus und zum Glauben an den bürgerlichen Staat und seine Institutionen. Er leistet damit eine ideologische Vorarbeit für die Faschisierung der Massen, die zu der logischen Konsequenz führt, dass sich in den Köpfen seiner Anhängerschaft fortschrittliche und reaktionäre Ideen mischen, sich ausländerfeindliche und "kulturkämpferische" Ideen in den Kampf am

<sup>59</sup>Ebd. S. 54

<sup>60</sup>"Wählerwanderung: AfD holt fast 900.000 Stimmen von der Konkurrenz", spiegel.de vom 26.05.2014

Arbeitsplatz mischen usw. Nicht selten propagiert der Reformismus selbst offen den Nationalismus, bspw. in Form von Standortchauvinismus bei staatsgewerkschaftlichen Kampagnen (z.B. "AEG ist Deutschland", 2006<sup>61</sup> oder dem berühmten-berühmten, offen antisemitischen und an NS-Propaganda angelehnten Titelbild "Die Aus-saager" mit amerikanischen Stechmücken im Rahmen der sozialdemokratischen Heuschreckenkampagne auf der IGM Zeitung im Mai 2005<sup>62</sup>).

## Linker Reformismus und Faschismus

Die bisherigen Betrachtungen betreffen die Entwicklungstendenz des Reformismus im allgemeinen und erklären seine Tendenz, sich in rechte und linke Flügel zu spalten sowie vornehmlich die Politik seines rechten Flügels.

Jedoch führt die objektive Logik auf der Basis seines inneren Widerspruchs auch den linken Flügel des Reformismus zu auffallenden inhaltlichen Überschneidungen mit der politischen Ultrarechten: Wer den "Kapitalismus" angreift, ohne das Kapitalverhältnis als solches aufheben zu wollen, muss sich in der logischen Konsequenz auf Klassenkräfte stützen, die selbst Mehrwert ausbeuten, jedoch durch die Entwicklung des Monopolkapitalismus, der Übermacht des Finanzkapitals und der allgemeinen Krise drohen, abgeschlagen zu werden und ihre bürgerliche Existenz zu verlieren: Das sind

<sup>61</sup>Wir bleiben hier, dafür kämpfen wir! Akteure berichten über denn Arbeitskampf bei AEG/Electrolux in Nürnberg 2005-07", Die Buchmacherei 2009  
<sup>62</sup>Siehe dazu die Dokumentation [www.gewantifa.blogspot.eu/files/2013/08/igm-zeitung.pdf](http://www.gewantifa.blogspot.eu/files/2013/08/igm-zeitung.pdf)

die nicht-monopolistischen Teile der Bourgeoisie, in der Propaganda des deutschen Imperialismus auch als "Mittelstand" bezeichnet, sowie das Kleinbürgertum. Aus dem nicht-monopolistischen Teil der Bourgeoisie kommen zahlreiche Unterstützer der AfD, welche die Europapolitik der BRD und das transatlantische Bündnis mit dem US-Imperialismus infrage stellen, weil sie daran deutlich weniger verdient haben als die mächtigsten Teile des deutschen Monopolkapitals. Sie erhoffen sich von einem Wechsel in der deutschen Geopolitik – bspw. durch ein enges Bündnis mit dem russischen Imperialismus, vor allem aber durch den Krieg – den Befreiungsschlag aus dem wirtschaftlichen Zangengriff, in dem sie sich befinden. Sie sind die natürlichen Bündnispartner für diejenigen Teile der Monopole, die ähnliche strategische Interessen verfolgen, die insbesondere eine schnellere Kriegsvorbereitung anstreben.

Der Faschismus hat als politische Bewegung schon in früheren Zeiten besonders die nicht-monopolistischen Teile der Bourgeoisie und das Kleinbürgertum angesprochen – die tatsächlichen und potenziellen Verlierer der allgemeinen Krise, die insbesondere deshalb psychologisch besonders gut auf esoterische "Endzeit"- und "Endkampf"-Märchen ansprechen, weil es ihrer verzweifelten Klassenlage entspricht. Der Faschismus spricht diese Kräfte jedoch stets im Interesse der kriegstreibendsten Teile des Finanzkapitals selbst an.

Diesem Zweck dient unter anderem der beliebte ideologische Kunstgriff des Faschismus, einen Gegensatz zwischen dem "schaffenden" ("deutschen", industriellen) und dem "raffenden" ("jüdischen" oder "amerikanischen" Bank-) Kapital aufzumachen <sup>63</sup>.

<sup>63</sup>Die ökonomische Grundlage dafür, diesen falschen Gegensatz in der Propaganda aufmachen zu können, ist die Spaltung des kapitalistischen Profits in Zins und Unternehmensgewinn. Das Aufkommen des Zinses, der in Wahrheit

Es ist bemerkenswert, dass sich heute alle bürgerlichen Parteien in Wahlkämpfen darin überbieten, sich als Parteien des "Mittelstands", d.h. der mittleren Industriebetriebe, darzustellen, dass der frühere SPD-Vorsitzende Müntefering während der Wirtschaftskrise auf die Investmentgesellschaften als "Heuschrecken" geschimpft hat usw. Die politische Einbindung der nicht-monopolistischen Bourgeoisie ist für alle Teile des Finanzkapitals von strategischer Bedeutung.

Noch bemerkenswerter ist es allerdings, dass gerade VertreterInnen des linken Flügels des Reformismus – aufgrund des oben genannten Widerspruchs – politische Positionen entwickeln, die denselben Gegensatz zwischen "schaffendem" und "raffendem" Kapital aufmachen und eine Annäherung an die nicht-monopolistische Bourgeoisie suchen.

So z.B. die Linkspartei-Politikerin Sahra Wagenknecht in einer mehrseitigen Homestory, welche das Handelsblatt im Februar 2014 über sie publizierte. Darin bekennt sie sich u.a. zu "Marktwirtschaft ja, ... Kapitalismus nicht.". Sie distanziert sich – übrigens ganz

nur ein Teil des Mehrwerts ist, den sich der Bankkapitalist vom Industriekapitalisten für die Kreditvergabe zahlen lässt – und damit ebenfalls voll und ganz aus der unbezahlten Arbeit des Proletariats entspringt – bringt den Warenfetischismus zur Vollendung: Es erscheint, als sei es die natürliche Eigenschaft des Geldes, Zinsen abzuwerfen. Der Unternehmergewinn (der Teil des Mehrwerts, der beim industriellen Kapitalisten verbleibt) erscheint indes als Resultat der "Arbeit" des Industriekapitalisten. Der Kapitalismus führt im Zuge seiner Entwicklung dazu, dass Kapitaleigentum und operative Verfügung über das Kapital zunehmend auseinanderfallen: Während die großen Eigentümergeinschaften à la Haniel, Quandt u.a. in ihrer Vorstellungswelt ihr Kapital "für sich arbeiten" lassen und durch strategische Eheschließungen dafür sorgen, dass das Aktienkapital in Familienbesitz bleibt, werden ihre Banken, Versicherungen, Fonds und Industriekonzerne von den Wirtschaftskadern in Vorständen und Aufsichtsräten geführt.

in der Tradition des "Eurokommunismus" – von der marxistischen sozialistischen Planwirtschaft, stellt sich ausdrücklich wirtschaftspolitisch in die Tradition des CDU-Vordenkers der "Sozialen Marktwirtschaft" Ludwig Erhard und der ökonomischen Schule der "Ordoliberalen"<sup>64</sup> und stellt die nicht-monopolistische Bourgeoisie ins Zentrum ihrer Argumentation: "Bei großen Konzernen sind die Eigentümer *ohnehin nicht mehr die Handelnden. Aber bei kleinen und mittleren Unternehmen sind es in der Regel die Besitzer, von deren Ideen und Engagement das Unternehmen lebt. Wenn das wegfällt, das hat ja die Geschichte der DDR gezeigt, ist die Gefahr von Stationation groß. (...) die FDP hat schon lange nicht mehr für die kleinen Unternehmer, die Gründungsunternehmen Politik gemacht. (...) Da, wo kleinere und mittlere Unternehmen am Markt sind, wo Unternehmer und Beschäftigte kreativ sind, neue Ideen haben und umsetzen, da wird der Wohlstand vorangebracht, und da funktionieren auch Märkte. (...) Wo Unternehmer bankrottgehen, weil die Banken den Kredithahn zudrehen, zum Beispiel. Wer eine gute Idee hat, aber nicht das nötige Kapital, hat heute große Schwierigkeiten, ein Unternehmen zu gründen. Dabei ist die Offenheit von Märkten für Neueinsteiger Grundbedingung für eine funktionierende Marktwirtschaft. Gerade die großen Privatbanken aber machen ihre Rendite viel lieber mit obskuren Finanzgeschäften als mit Mittelstandskrediten."<sup>65</sup>*

Es ist die tragische Rolle des Reformismus, dass sein innerer Widerspruch ihn dazu zwingt, ideologische Vorarbeit für den Faschis-

<sup>64</sup>Strömung der bürgerlichen Ökonomie, die auf Walter Eucken, Franz Böhm, ferner Friedrich August von Hayek zurückgeht („Freiburger Schule“).

<sup>65</sup>„Die Linke und die Marktwirtschaft“, Handelsblatt v. 14./15./16. Februar 2014

mus zu leisten und sich auf Klassenkräfte zuzubewegen, die in der allgemeinen Krise naturgemäß immer stärker der Reaktion zustreben: Der "Mittelstand" wird es Sahra Wagenknecht jedenfalls nicht danken, dass sie sich für ihn einsetzt.

Ebensowenig wird es übrigens der russische Imperialismus und die russische nationalistische und faschistische Bewegung linken Revisionisten in Deutschland (z.B. bei der "Jungen Welt" oder beim "Rotfuchs"<sup>66</sup>) im Falle eines möglichen deutsch-russischen Kriegsbündnisses danken, dass sie Russland angesichts seiner Politik in der Ukraine, in Syrien und in Lateinamerika heute für eine "antiimperialistische" Großmacht halten.

## **“Radikallinker” Reformismus, islamischer Faschismus und “abendländischer” Freiheitskult**

Dass auch die Grenzen zwischen “PEGIDA” und “Anti-PEGIDA”, zwischen faschistischer Kulturkampfideologie und selbst einem "radikal"linken Opportunismus nicht scharf verlaufen müssen, haben zwei Ereignisse in den letzten Monaten gezeigt:

1. Im Januar 2015 stürmten islamistische Attentäter die Redaktionen der französischen Satirezeitschrift “Charlie Hebdo” und erschossen 12 Redakteure. Die imperialistischen Staaten ließen auf diesen faschistischen Anschlag sofort eine sehr schnell sich über soziale Medien weltweit ausbreitende Kampagne starten, die unter dem Slogan

<sup>66</sup> www.rotfuchs.net

“Je suis Charlie” die Verteidigung der Pressefreiheit und Demokratie, d.h. der kulturellen Werte des “Abendlandes” gegen die “fundamentalistische Barbarei” propagierte.

Die Tatsache, dass sich der Anschlag gegen fortschrittliche Journalisten richtete, bei denen jede Religion mal “ihr Fett weg” bekommen hatte, ließ die “Je suis Charlie”-Kampagne bis weit in Kreise der linken Bewegung hinein wirken.

Natürlich erfolgte in den entsprechenden Aufrufen und Artikeln von linken Gruppen in den meisten Fällen die klare Distanzierung von der Demonstration in Paris, die von Merkel und Hollande angeführt worden war, sowie von PEGIDA und Front National, die den Anschlag sofort für ihre Politik ausschalteten.

Das Entscheidende aber ist, dass die Vorstellungen, die in der radikalen Linken über die bestehenden Gegensätze in der Welt vorherrschen, der imperialistischen Strategie trotzdem voll auf den Leim gehen – nämlich mangels einer richtigen politischen Einordnung der verschiedenen faschistischen Strömungen (PEGIDA, Front National, Islamisten ...) in die Strategie der imperialistischen Staaten im allgemeinen und des Anschlags auf “Charlie Hebdo” im besonderen.

Ein Beispiel hierfür ist die Mitteilung “Keine Unterwerfung. Eine Antwort auf Paris liegt in Athen.” der Interventionistischen Linken<sup>67</sup> vom Januar 2015. Darin heißt es:

***“Die Anschläge von Paris waren ein Angriff auf alles, was in Europa und in der Welt seit 1789 und seit 1968 möglich geworden ist. Das ist die Frontstellung der Attentäter. Die Schüsse, die in den Räumen von ‘Charlie Hebdo’ und***

<sup>67</sup> “Keine Unterwerfung – Eine Antwort auf Paris liegt in Athen”, Mitteilung der Interventionistischen Linken; www.interventionistische-linke.org

*in einem jüdischen Supermarkt zielten auf die Möglichkeiten selbst unserer Freiheiten. Darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Da gibt es auch nichts zu relativieren. Da zählt kein Verweis auf die Verheerungen des westlichen Krieges gegen den Terror, kein Verweis auf den institutionellen wie den alltäglich gelebten Rassismus innerhalb der europäischen Gesellschaften, ob nun in Frankreich oder auch bei uns. Das haben letztlich Millionen Menschen spontan begriffen. Nicht wenige haben auch an die ungezählten Toten in Nigeria und in Syrien gedacht, sie haben sich des Schicksals der YezidInnen erinnert und an den kurdischen Kampf in Rojava gedacht. Vielleicht war mehr Leuten, als wir zunächst denken mögen auch klar, dass es Fundamentalismus nicht nur im Islam gibt, und dass es nicht nur religiöse Fundamentalismen gibt. Viele der DemonstrantInnen haben unmissverständlich gesagt, dass sie weder mit dem Front National noch – in Deutschland – mit Pegida verwechselt werden wollen. Das ist gut so, davon dürfen wir ausgehen. Das ist aber nicht alles. Denn die Millionen von Paris und die Abertausenden anderswo haben sich im selben Augenblick auch hinter der Partei der Ordnung versammelt: hinter der Kaste der französischen, deutschen und aller anderen beteiligten Regierungen. Hinter allen, die sich schamlos an die Spitze der unübersehbaren Menge stellten. Damit sind die DemonstrantInnen einer Konfrontation beigetreten, in der sich der westliche Liberalismus, seine politische Ökonomie und seine Verbündeten einerseits und der Fundamentalismus andererseits gegenüberstehen (das schließt alle weißen Fundamentalismen ein).“ (Hervorhebungen v. Verf.)*

Die Distanzierung vom bürgerlichen Staat und allen anderen faschistischen Strömungen erfolgt hier sehr deutlich. Die IL will sich

nicht vor den Karren der Bourgeoisie und der Faschisten spannen lassen.

Aber was wird in den ersten Sätzen denn eigentlich gesagt? Der Widerspruch wird aufgemacht zwischen *“den Attentätern”* und *“alem, was in Europa und in der Welt seit 1789 und seit 1968 möglich geworden ist”*, letztlich also zwischen den *“kulturellen”* Errungenschaften in den imperialistischen Ländern, in denen trotz allem zu kritisierenden Kapitalismus zumindest die *“Möglichkeit unserer Freiheit”* gesehen wird, und einem **äußeren Angreifer**.

Anstatt herauszuarbeiten, dass der *“äußere Angreifer”* in Wahrheit **kein** äußerer Angreifer ist – dass in Wahrheit nämlich Al-Qaida und Islamischer Staat **ebenso** wie Front National und PEGIDA und **ebenso** wie die Parteien Merkels und Hollandes (und wie alle reformistischen Kräfte!) **zum imperialistischen System gehören**, nämlich politische und militärische Organisationen in den Händen der imperialistischen Mächte sind, wird durch idealistische Augenwischerei über die *“Möglichkeit selbst unserer Freiheit”* und die *“Errungenschaften von 1789”* sowie die *“äußere Bedrohung”* das Augenmerk vom Kern des Ganzen abgelenkt und faktisch die Argumentation mit dem *“Kulturkampf”* von Front National und PEGIDA übernommen, von der man sich gerade distanzieren wollte.

Als Schlussfolgerung kommt dann der altbekannte, schon von den Eurokommunisten geforderte *“dritte Weg”* – der Weg des Reformismus in Gestalt des *“Europäischen Frühlings”*, von Syriza und Co. – heraus, der diesmal jedoch aus dem Gegensatz zwischen kapitalistischer Ordnung und fundamentalistischem Chaos herausführen soll – und doch das bürgerliche System unangetastet lässt:

*“Wir wollten von Syriza (und Podemos) als dem Beginn eines europäischen Frühlings sprechen. Wir wollten uns selbst und ande-*

re unter die Forderung stellen, diesen Frühling auch hier beginnen zu lassen. Wir wollen das auch jetzt noch, auch und gerade nach Paris. Gegen die deutschen Parteien der Ordnung, gegen Pegida-Kameradschaften. Gegen die Attraktivität des islamischen Fundamentalismus auch in den Kampfzonen der Bundesrepublik, gegen den War on Terror und sein Sicherheitsregime. Jetzt gibt es auch hier täglich Demonstrationen gegen die Anschläge von Paris und gegen Pegida. Auch hier werden sie von den Parteien der Ordnung einberufen, auch hier kommt stets die Kaste der Repräsentanten zu Wort. Noch einmal: Das ist unser Problem. Wie eröffnen wir auch hier eine dritte Option jenseits der kapitalistischen Ordnung und des fundamentalistischen Chaos?"

2. Der Krieg in der Ukraine, der sich in Folge des von den West-Imperialisten betriebenen Umsturzes im Osten des Landes entwickelt hat, erzeugt auch bei manchen fortschrittlichen Kräften in Europa die Illusion, als spiele die russische Regierung in Teilen eine „antiimperialistische“ oder gar fortschrittliche Rolle, als handele es sich nicht um einen imperialistischen Stellvertreterkrieg, sondern um einen nationalen Befreiungskampf – ein Eindruck, den das Regime Putins selbst eifrig versucht zu nähren und dabei die Tradition der Solidarität mit der Sowjetunion aufgreift. Bei korrekter Beobachtung der Kiewer Kräfte, die u.a. aus faschistischen Freikorps-Verbänden bestehen, die seit dem Putsch in den ukrainischen Staatsapparat integriert worden sind, wird teilweise übersehen, dass es sich bei den ostukrainischen und russischen Kräften spiegelbildlich verhält<sup>68</sup>. Teilweise haben sich Kräfte aus anderen europäischen Ländern aus ehrlich gemeinter, aber falsch verstandener antiimperialis-

<sup>68</sup>Vgl. „Imperialistischer Kampf um die Ukraine“, [www.kornaufbau.org](http://www.kornaufbau.org)

tischer Überzeugung den pro-russischen Kräften angeschlossen und kämpfen dort – gemeinsam mit anderen europäischen Faschisten, die ebenfalls dorthin gereist sind<sup>69</sup>.

<sup>69</sup>Vgl. „Wir sind Teil einer antifaschistischen Front“, Junge Welt v. 21./22.2.2015



## IV. Der ‘Europäische Frühling’

Wer sind die politischen Kräfte, in die bedeutende Teile der Arbeiterklasse und der unterdrückten Massen in Griechenland, Spanien und anderswo ihre Hoffnungen setzen? Die laut Auffassung der Interventionistischen Linken und anderer linker Kräfte in Deutschland für den “Beginn eines Europäischen Frühlings” stehen?

### Griechenland: Syriza

Syriza (“Koalition der radikalen Linken”) ist 2004 als Wahlbündnis aus der linksreformistischen Partei Synaspismos, die in der Tradition des “Eurokommunismus” steht, und zehn kleineren Organisationen gegründet worden, darunter der maoistischen “Kommunistischen Organisation Griechenlands” (KOE) und der trotzkistischen “Rot”. Ihr Aufstieg begann mit dem deutschen Spardiktat in Griechenland: Während das Bündnis bei den Wahlen bis Anfang 2012 noch bei Ergebnissen zwischen 3 und 5 Prozent vor sich hin dümpelte, wurde

Syriza bei der Parlamentswahl im Juni 2012 mit über 26 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft. Im Januar 2015 erzielte die Partei bei vorgezogenen Neuwahlen die Mehrheit (2,2 Millionen Stimmen bei 9,9 Millionen registrierten Wählern, von denen 6,1 Millionen zur Wahl gegangen sind) und bildet seither die griechische Regierung in einem Bündnis mit der rechtsnationalistischen ANEL.

Der Wahlsieg hat gezeigt, dass es Syriza in den Jahren bis 2015 geschafft hat, sich an die Spitze der griechenlandweiten Protestbewegung gegen die Austeritätspolitik zu setzen und die Stimmen eines großen Teils der griechischen Massen auf sich zu vereinen, die eine politische Alternative wollen.

Das politische Programm von Syriza ist dabei reformistisch und nicht gegen den Verbleib Griechenlands in der Euro-Zone oder gar der EU gerichtet, wie Parteichef Tsipras schon vor den Wahlen immer wieder betont hat. Syriza ist vielmehr angetreten, um die EU und den griechischen Staat durch Reformen zu verändern. Insbesondere soll die Austeritätspolitik durch Neuverhandlung der Kredite und Verträge angepasst werden. Explizit forderte Syriza die „Bendaufnahme der öffentlichen Verschuldung und Neuverhandlung der fälligen Zinsen sowie die Aussetzung von Zahlungen, bis sich die Wirtschaft wieder belebt hat und Wachstum und Beschäftigung zurückkehrt sind“. Syriza will u.a. Privatisierungen und andere Maßnahmen aus den Sparpaketen stoppen, Reiche besteuern, Banken und öffentliche Versorger verstaatlichen, den Mindestlohn auf das frühere Niveau von 750 Euro erhöhen, die griechischen Truppen aus Afghanistan und dem Balkan abziehen und die militärische Zu-

sammenarbeit mit Israel beenden. Der Austritt aus der NATO wird „angestrebt“.<sup>70</sup>

Auch personell steht die Syriza-Regierung nicht für einen radikalen Austausch des Staatsapparates – wie sogar in der „Jungen Welt“ eingeräumt wird, die Syriza ansonsten enthusiastisch unterstützt hat: *“Dieser Vorwurf begründet sich auch darin, dass eine hervorsteckende personelle Kontinuität zwischen dem Linksbündnis’ und einer der beiden großen, das politische System der Dritten Republik ... bestimmenden Parteien besteht. Unzählige ehemalige Politiker und Funktionäre der im Niedergang begriffenen sozialdemokratischen Pasok (Panhellenische Sozialistische Bewegung) haben ihre neue politische Heimat bei Syriza gefunden.”*<sup>71</sup>

Ein ähnlicher „Hautwechsel“ fand zwischen Teilen des früheren Apparates von „Neo Dimokratia“ und Syrizas Koalitionspartner ANEL statt, wie im selben Artikel ausgeführt wird.

ANEL stützt sich auf den nationalistischen Flügel der griechischen Bourgeoisie, hetzt gegen Flüchtlinge und Juden, verteidigt das „Hellementum“ ebenso wie das Unternehmertum und gehört im Europaparlament der neuerechten Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformen“ (ECR) an – u.a. gemeinsam mit den britischen Tories, der belgischen Neu-Flämischen Allianz und der „Alternative für Deutschland“ (AfD). Das Bündnis zwischen Syriza und ANEL, das offenbar lange vor der Wahl bereits ausgehandelt war, liefert ein geradezu plakatives Beispiel dafür, wie sich der Linksreformismus aus seiner inneren Logik heraus der politischen Ultrarechten annähert, dieser durch die Bildung einer Koalition sogar in Regierungsmäntel

<sup>70</sup>Vgl. Wikipedia: „Syriza“

<sup>71</sup>„Aufeinander zugehen“, P. Becher, Junge Welt vom 12.02.2015

verhilft und so nicht nur ideologisch der Faschisierung Vorschub leistet, sondern auch politisch zum "Steigbügelhalter des Faschismus"<sup>72</sup> wird.

Für einen kurzen Moment hat die Wahl von Syriza zu einer Beruhigung des politischen Klimas in Griechenland geführt. Statt der vorherigen Demonstrationen gegen die Neo-Dimokratia-Regierung von Tsipras' Vorgänger Samaras gab es nach der Wahl große Mobilisierungen zur Unterstützung der Syriza-Regierung in Hinblick auf die Verhandlungen mit der EU.

Dass der ökonomische Spielraum für reformistische Verteilungspolitik in Griechenland auf der Basis des EU-Neokolonialismus jedoch faktisch nicht existent ist, haben bereits die ersten Wochen der Regierungszeit von Syriza gezeigt. Die Tsipras-Regierung musste bei den Verhandlungen mit der EU einer Verlängerung aller Kernpunkte des Spardikts zustimmen, die sie zuvor verbalradikal abgelehnt hatte. Das neokoloniale Kontrollregime der Troika erfuhr lediglich eine Umbenennung. Bereits nach wenigen Wochen deutet sich an, dass die Stimmung in der griechischen Bevölkerung und auch der Anhängerschaft von Syriza wieder kippen könnte.

Die Unterordnung unter den Imperialismus kann zum schnellen Tod für Syriza führen: Es bleibt abzuwarten, ob das europäische Finanzkapital der Tsipras-Regierung zum Zwecke der politischen Stabilisierung Griechenlands noch einige Zugeständnisse macht, oder ob das reformistische Projekt mit ultrarechter Unterstützung schon nach kurzer Zeit an seiner inneren Widersprüchlichkeit zugrunde geht.

<sup>72</sup>So die klassische Definition des Sozialfaschismus durch die KI und KPD Anfang der 1930er Jahre.

Die faschistische Bewegung steht für diesen Fall in Gestalt der "Goldenen Morgenröte" schon in den Startlöchern. Die radikale Linke in Griechenland hat sich zu einem bedeutenden Teil vor den Wahlen von Syriza einbinden lassen<sup>73</sup>.

## Spanien: Podemos

Die Partei "Podemos" in Spanien ist aus der sozialen Bewegung der "Indignados" hervorgegangen. Zwischen 2011 und 2012 kam es zu einem spontanen Aufschwung der spanischen politischen Widerstandsbewegung in Form der "15-M"-Demonstrationen, die mit ihren basisdemokratischen Ansätzen (Asambleas = "Räte") auch auf andere Länder, isbs. die Occupy-Bewegung, ausstrahlte hat.

Die Indignado-Bewegung wird vorwiegend von verschiedenen kleinbürgerlichen Kräften wie z.B. der Studentenbewegung getragen und ist politisch vom Reformismus und Anti-Autoritarismus in Form der Ablehnung politischer Parteien geprägt.

Erklärtes Ziel von Podemos ist es, das herrschende Zweiparteiensystem in Spanien aus sozialdemokratischer PSOE und der konservativen, postfranquistischen Partido Popular aufzubrechen, das seit Jahrzehnten die Politik in dem Land bestimmt. Das Ganze ist

<sup>73</sup>Die beiden uns bekannten Ausnahmen sind die KKE (Kommunistische Partei Griechenlands), die griechische Bruderpartei der DKP, die sich klar von Syriza distanziert und erklärt hat, dass es keine "politische Linie für das Volk geben kann, solange die Kapitalisten an der Macht sind.", sowie organisierte Anarchisten, die kürzlich in Athen militante Proteste gegen die Regierung durchgeführt haben. Vgl.: „Athen: Gefährt Innen besetzen Pro-Syriza-Radiosender in Solidarität mit den politischen Gefangenen im Hungerstreik“, [linksunten.indymedia.org/de/node/138777](http://linksunten.indymedia.org/de/node/138777)

durchmischt mit einigen Ansätzen direkter Demokratie, der Idee, das kapitalistische Eigentum zum Wohl aller einzusetzen usw. Der Verbleib Spaniens in der EU wird von Podemos ebensowenig infrage gestellt wie von der eurokommunistischen "Izquierda Unida".

## Irland: Sinn Féin

Im Gegensatz zu Podemos und Syriza handelt es sich bei der irischen Sinn Féin um eine sehr alte Partei: Gegründet wurde sie bereits 1905. Ihre politische Linie ist nur im Zusammenhang mit der spezifischen Situation in Irland zu verstehen.

Die politische Situation in Irland ist bis heute von der 800-jährigen britischen Besatzung bestimmt, die sich seit dem Vertrag von 1922 noch auf sechs von 32 irischen Counties ("Nordirland") erstreckt. Der besetzte Teil Irlands ist ökonomisch ein vollständig abhängiges Anhängsel Englands ohne eigene Industrie, während der Rest der Insel als "Free State" eine Neokolonie mit formaler Unabhängigkeit ist, in der jedoch weiterhin das britische Militär und die Geheimdienste den entscheidenden Einfluss haben. Seit dem Beitritt Irlands zur EU wächst im Süden der Insel auch der Einfluss des deutschen Imperialismus.

Sinn Féin war über viele Jahre die Partei der irischen nationalen Befreiungsbewegung, deren militärischer Arm die Irish Republican Army (IRA) ist. Der internationale Einfluss des Revisionismus schwächte die sozialistischen Kräfte innerhalb der irischen Befreiungsbewegung schon in den 1960er Jahren. In der Folge spaltete sich die IRA in einen "offiziellen" (revisionistischen) und einen "provisorischen" (bürgerlich-nationalistischen) Flügel. Letzterer führte

in den 1970er und 1980er Jahren den bewaffneten Kampf gegen die englische Besatzungsmacht.

In den 90er Jahren vollzogen die Führung der provisorischen IRA und von Sinn Féin den politischen Seitenwechsel, führten Friedensgespräche mit England und schlossen 1998 das Karfreitagsabkommen, in dessen Folge die IRA ihre einseitige Entwaffnung durchzog. Das von britischen Panzern geprägte Stadtbild in Belfast, Derry und anderswo sollte gemäß der britischen Strategie "normalisiert", die Identität der besetzten Gebiete als eigenständiges politisches Gebilde zementiert und der bewaffnete Widerstand kriminalisiert werden. Die berüchtigte Polizei in den besetzten Gebieten wurde in "Police Service" umbenannt, während die pro-englischen Faschisten ihre Waffen behielten und weiterhin zur Sicherung der Besatzung durch Terror gegen die irische Bevölkerung bereitstehen.

Sinn Féin und die provisorische IRA machten sich im Zuge des Karfreitagsabkommens zum Teil der englischen Besatzungsmacht. 2007 erkannten sie die "nordirische" Polizei an und bildeten eine gemeinsame Regierung mit den pro-britischen Faschisten unter Ian Paisley. Sinn Féin ist heute die Partei der Kompradourbourgeoisie, deren finanzielle Existenz auf dem Kolonialsystem basiert. Der Verfall von Sinn Féin am nationalen Befreiungskampf in Irland hat diesem einen empfindlichen Schlag versetzt und viel politische Resignation erzeugt.

Damit hat sich Sinn Féin als verlässlicher Partner für die Imperialisten erwiesen. Ihre Führer reisen heute weltweit als Vermittlungsexperten durch die Welt, um nationale Befreiungskämpfe nach dem irischen Modell abzuwürgen. Innerhalb Irlands verfolgt Sinn Féin nun die politische Strategie, auf der Welle der politischen Widerstandsbewegung gegen die Austeritätspolitik reitend zur politischen

Hauptkraft in ganz Irland zu werden. Den Verbleib des irischen "Free State" in der EU stellt sie nicht in Frage.

In jüngster Zeit gibt es jedoch auch wieder positive Entwicklungen. Die IRA hat sich inzwischen reorganisiert und führt den Kampf gegen die Besatzungsmacht und für die nationale Befreiung ganz Irlands weiter.

## Keine soziale Befreiung ohne nationale Befreiung

Der Aufschwung der Kräfte des "Europäischen Frühlings" ist Ausdruck der sich verschärfenden Klassenwidersprüche in der allgemeinen Krise des Kapitalismus im allgemeinen und der Verschärfung der ökonomischen und politischen Krise im neokolonialen System EU im besonderen.

Alle diese Kräfte geben vor, eine Lösung der sozialen Widersprüche erreichen zu wollen. Dabei verfolgen sie alle die politische Linie des Reformismus und des Interessenausgleichs zwischen der Bourgeoisie auf der einen und dem Proletariat und den unterdrückten Massen auf der anderen Seite. Insbesondere verfolgen sie den Interessenausgleich zwischen ihren – den unterdrückten – Staaten und den stärksten imperialistischen Mächten in der EU.

Die EU ist nicht, wie die idealistische bürgerliche Propaganda weismachen will, ein Projekt zur Verständigung der Völker Europas – eine institutionelle Hülle, der man diesen oder jenen politischen und gesellschaftlichen Inhalt verpassen kann – sondern von ihrem grundlegenden Aufbau her erstens ein **Verbund von bürgerlichen, kapitalistischen Staaten**. Sie ist zweitens ein Staaten-

verbund zur Unterjochung der schwächeren kapitalistischen Staaten durch die stärkeren, insbesondere den deutschen Imperialismus. Zu keinem anderen Zweck wurde sie gegründet und auf diesen Zweck sind ihre Ministerrunden, Kommissionen, ihr Parlament und ihr Gerichtshof ausgerichtet. Die EU ist ein Instrument des Finanzkapitals in Europa. Sie basiert auf dem Kapitalexport, der wirtschaftlichen Durchdringung und Ausplünderung der Peripherie-Staaten durch die Monopole und ist gleichzeitig ein politischer Motor für diese Ausplünderung. Sie ist der geopolitische Machtblock, den sich die BRD und ihr Bündnispartner Frankreich für den anstehenden weltweiten Kampf um die Neaufteilung der Welt gegen andere imperialistische Mächte wie z.B. die USA, China und Russland geschaffen haben.

Eine Lösung der sozialen und politischen Widersprüche in Europa, die durch die Sparpolitik massiv verschärft worden sind, ist unmöglich, ohne den Machtapparat EU als solchen anzugreifen. Der Kampf um die Zerstörung der EU muss daher ein elementares Kampfziel jeder revolutionären Bewegung in Europa sein.

Die soziale und politische Befreiung der Arbeiterklasse und unterdrückten Völker in Europa ist insgesamt unmöglich, ohne den bürgerlichen Staat in einer Revolution zu zerschlagen und das Kapitalverhältnis als solches aufzuheben.

Aus der Sicht der imperialistischen Bourgeoisie erfüllen die Kräfte des "Europäischen Frühlings" den Zweck, den unzufriedenen Massen, denen zunehmend jede Lebensperspektive geraubt wird, in diesen Fragen Sand in die Augen zu streuen, sie ins politische System einzubinden und ihre Hoffnungen und ihren Kampf zu kanalisieren, um das imperialistische System EU aufrechtzuerhalten. Die Führer und Anhänger dieser Parteien mögen in Teilen ehrlich davon überzeugt sein, sich mit den Vertretern des deutschen Finanzkapitals wie

Schäuble, Merkel und Dijsselbloem auf eine Lösung einigen zu können, welche die Lage der Massen in ihren Ländern verbessert. Dem Finanzkapital geht es jedoch in erster Linie darum, Extraprofite aus der Ausplünderung ihrer Länder zu erzielen. Der ökonomische und politische Spielraum der reformistischen Kräfte in Europa für eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse ist verschwindend klein. Bei Syriza hat sich das bereits in kürzester Zeit offenbart.

Durch die Einbindung und Lähmung der radikalen Linken und von Teilen der unterdrückten Massen, durch die ideologische Verwirrung, die sie erzeugen, durch die Bildung gemeinsamer Regierungen mit der Ultrarechten bereiten die Kräfte des "Europäischen Frühlings", statt die Lage der Massen zu verbessern, in Wahrheit das Feld für die nächsten Angriffe der Bourgeoisie und das Erstarken des Faschismus. Aufgrund des inneren Widerspruchs des Reformismus ist es nicht unwahrscheinlich, dass die reformistischen Parteien selbst als erste im Zuge dieser Entwicklung zerrieben und von der Bourgeoisie geopfert werden. In Wahrheit bereiten sie mit ihrer Politik keinen "Frühling", sondern ihren eigenen "Herbst" vor.

## Der Europäische Frühling und die politische Widerstandsbewegung in Deutschland

Auch in der BRD weckt der Wahlsieg von Syriza und das Erstarken von Podemos bei einigen politischen Kräften die Hoffnung auf einen europaweiten Aufschwung der reformistischen Bewegung:

Die Linkspartei als Hauptvertreterin des deutschen Reformismus unterstützt Syriza offen und flügelübergreifend. Sie hofft, selbst von einer erfolgreichen Reformpolitik in Griechenland bei den nächsten Wahlen zu profitieren. Ihr rechter Flügel strebt danach, mit SPD und Grünen eine Regierungskoalition auf Bundesebene zu bilden. Auch der linke Flügel ihrer Bundestagsfraktion hat nun nicht mehr gegen die Verlängerung der Hilfskredite gestimmt, welche Schäuble der Tsipras-Regierung abgepresst hat. Erkennbar rückt die Linkspartei also nach rechts.

Die MLPD<sup>74</sup> unterstützt die Syriza-Regierung kritisch, sofern ihre Maßnahmen im Sinne des Volkes seien und nennt exemplarisch die Wiedereinführung des Mindestlohnes und den Stopp der Privatisierungen. Das hängt auch damit zusammen, dass die sich selbst als marxistisch-leninistisch verstehende ICOR-Organisation KOE Teil von Syriza ist. Die MLPD kritisiert jedoch die Koalition mit ANEL und erklärt eine Politik, die nur darauf abzielt, das EU-Diktat etwas zu verbessern, als verhängnisvoll für Griechenland. Ihre Hauptkritik bezieht sich jedoch auf die eigene Position der MLPD zur internationalen Revolution: Aus ihrer Sicht sei es illusionär, zu glauben, man könne die griechischen Probleme unter den Bedingungen der internationalen kapitalistischen Produktion national lösen. Eine Lösung sei nur im Rahmen der internationalen sozialistischen Revolution möglich. Das wirft die Frage auf, was die MLPD der griechischen Arbeiterklasse denn zu tun rät, solange die Revolution in anderen Ländern noch nicht auf der Tagesordnung steht.

Die Interventionistische Linke verortet – wie oben dargestellt – die Kräfte des "Europäischen Frühlings" als "dritte Kraft" zwischen den

<sup>74</sup>Vgl. "Griechenland: Merkel ist nicht Deutschland", Rote Fahne 8 / 2015

Kräften des Liberalismus und der fundamentalistischen Barbarei. Wir haben oben ausgeführt, dass ihre Position und Argumentation dabei von idealistischen Fehlern geprägt ist, die in letzter Konsequenz die imperialistische Propaganda vom Kulturkrieg reproduzieren.

“Ums Ganze”<sup>75</sup> positioniert sich nicht als Unterstützer von Syriza und erklärt den politischen Weg, durch Übernahme der Regierung eine andere Richtung einzuschlagen, für illusorisch. Sie halten Syriza allerdings für konzeptlos und ziehen den Schluss, dass der Staat mit Syrizas Regierungsübernahme wackeliger geworden ist. Beide Annahmen sind falsch: Weder ist Syriza konzeptlos – ihr politisches Konzept ist der Reformismus. Und es ist nicht der Staat, der durch eine linksreformistische Regierung schwächer wird. Schwach ist nur der Linksreformismus. Die faschistische Bewegung in Griechenland steht bereit, falls die Syriza-Regierung eines Tages zusammenbrechen sollte.

“Ums Ganze” wirft die richtige Frage nach der Alternative zum Reformismus und zur Regierungsübernahme auf, bleibt dabei jedoch beim Konzept der “Selbstorganisation” und damit der Spontaneität der Massen stehen. Damit stellt sich die Frage, wie sich “Ums Ganze” die Durchsetzung der Selbstorganisation ohne Revolution vorstellt.

Organisation, Führung des Kampfes gemäß einer revolutionären Strategie und Taktik, das Ziel der Zerschlagung des alten Staates zur Errichtung eines neuen im Dienst einer anderen Klasse – all das wird der Spontaneität und damit dem Zufall geopfert. Auf diese Weise wird man keinen Krieg gewinnen, wird man eine organisierte

<sup>75</sup>“Mit dem Aufhören anfangen. Warum wir am 18. März in Frankfurt auf die Straße gehen.” [www.umsganze.org](http://www.umsganze.org)

Macht wie den deutschen Imperialismus weder in Griechenland noch in der BRD bezwingen können.

Die Einschätzung, dass Syriza ausgerechnet aufgrund von Konzeptlosigkeit “verbesserte Bedingungen” für die Selbstermächtigung der Massen liefert, täuscht dann lediglich über die eigene Konzept-, d.h. Strategielosigkeit, hinweg.

## V. Sozialreform oder Revolution?

*“Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muss man Revolutionär sein und nicht Reformist.”*<sup>76</sup> - dieser Satz von Stalin mag dem einen oder anderen recht plump daherkommen, drückt aber den objektiven Sachverhalt treffend aus:

Wirtschaftskrise, Spardiktat, Angriffe auf die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen weltweit, sich verschärfende Klassenkämpfe und die zahlreichen Kriege wie in der Ukraine und in Syrien sind nicht Folge des Versagens, der Boshaftigkeit oder der zufälligen “Politik” von Individuen, sondern integrale Bestandteile und Ausdruck der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems, die mit zwingender Notwendigkeit aus dem Kapitalverhältnis und seinem Grundwiderspruch folgt und die zur allseitigen Verschärfung **aller** gesellschaftlichen Widersprüche im Kapitalismus führt.

Die allgemeine Krise verschärft den Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen den imperialistischen Ländern und den von ihnen unterdrückten Ländern sowie zwischen den imperia-

<sup>76</sup>Geschichte der KPdSU(B), Verlag Roter Morgen, S. 139



listischen Staaten selbst. Die allgemeine Krise bringt mit zwingender Notwendigkeit Kriege und Aufstände hervor – und setzt die Frage der Beseitigung des Kapitalismus für die Massen auf die Tagesordnung.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus lässt sich nicht beseitigen, es sei denn durch die Vernichtung des Kapitalverhältnisses als solchem. Dazu ist es als erstes notwendig, den bürgerlichen Staat, die Diktatur der Bourgeoisie, den Gewaltapparat der herrschenden Klasse in der sozialistischen Revolution zu zerschlagen und durch die revolutionäre Diktatur des Proletariats zu ersetzen.

Nur gegen einzelne Erscheinungen wie die Auswirkungen der Sparpolitik kämpfen zu wollen, ohne das Kapital als solches anzugreifen, löst **nicht nur** das Problem nicht – denn die bloße Möglichkeit, auf dem Weg von Reformen Verbesserungen für die Massen zu erzielen, wird im Zuge der allgemeinen Krise **immer weiter eingeengt**. Die Revolution wird dadurch immer dringender auf die Tagesordnung gesetzt.

Der Reformismus ist deshalb nicht nur eine falsche und im Kern konterrevolutionäre politische Ideologie und ein Mittel der Bourgeoisie, um die Massen vom revolutionären Kampf abzulenken. Er ist auch eine politische Bewegung, der mit fortschreitender Krise immer mehr die ökonomische Grundlage entzogen wird, die angesichts dieser Entwicklung selbst in eine Krise gerät, welche sich in Spaltungen, Kurzlebigkeit reformistischer Regierungen und einem flügelübergreifenden Ruck nach rechts ihren Ausdruck verschafft.

Das Erstarken von Syriza, Podemos und Sinn Féin sind nur insoweit zu begrüßen, als sie Ausdruck wachsender Hoffnungen und Wünsche der unterdrückten Klassen in Europa nach einer gesellschaftlichen Alternative sind.

Sie sind gleichzeitig die Vorboten schärferer Kämpfe und der Fashisierung der bürgerlichen Staaten und die klare Handlungsanweisung an die wahrhaft revolutionären Kräfte, mit allen Spielarten des Reformismus radikal zu brechen und in allen Ländern Europas in der Arbeiterklasse und den unterdrückten Massen verankerte kommunistische Parteien aufzubauen, die der Strategie und Taktik der imperialistischen Bourgeoisie die kommunistische Strategie und Taktik des Proletariats für den revolutionären Klassenkrieg entgegenzusetzen.

KommunistInnen müssen deshalb heute in Deutschland:

- die Schaffung der kommunistischen Partei durch den Kampf um die Einheit der revolutionären KommunistInnen auf prinzipieller Grundlage als **Hauptkettenglied** in der derzeitigen Etappe des Klassenkampfes begreifen
- umfassend in Theorie und Praxis an der Erarbeitung der kommunistischen Strategie und Taktik für den revolutionären Klassenkrieg arbeiten
- eine Arbeit in der Arbeiterklasse entfalten, die der Spaltungspolitik und ideologischen Fashisierung durch die Bourgeoisie entgegenwirkt, die ArbeiterInnen deutscher und migrantischer Herkunft im Betrieb und im Wohnviertel zusammenbringt und die Brücke schlägt zur politischen Widerstandsbewegung der Flüchtlinge; dieser Kampf beginnt beim alltäglichen Widerstand am Arbeitsplatz und im Mietshaus;
- im Zuge dieses Kampfes den Aufbau von wahrhaften Organisationen der proletarischen Massen vorantreiben und diese

Massen in ihren Organisation für die Revolution und den Sozialismus gewinnen;

- dabei müssen KommunistInnen die Überwindung der Unterordnung der Massen unter den bürgerlichen Staat und die bürgerliche Ideologie organisieren, die Illusionen in den Reformismus und die Ideologie des "friedlichen Hinüberwachsens in den Sozialismus" zerstören und das kommunistische Klassenbewusstsein entwickeln
- KommunistInnen nutzen alle Kampfformen, legale und illegale, darunter auch die Arbeit in den Staatsgewerkschaften und bürgerlichen Parlamenten; sie tun dies aber mit einem klaren Bewusstsein über den konterrevolutionären Charakter dieser Institutionen und mit dem klaren Ziel, diese vor den Massen zu entlarven, damit die Massen ihre eigenen Organisationen für den revolutionären Klassenkrieg schaffen und aufbauen
- KommunistInnen nutzen alle Kampfformen, politische und militärische, darunter auch den Aufbau der Internationalen Brigaden zur Verteidigung der demokratischen Revolution in Rojava. Sie tun dies mit dem klaren Bewusstsein, dass der "Dritte Weg" zwischen verschiedenen imperialistischen Machtblöcken und unterschiedlichen reaktionären und bürgerlichen Strömungen nur der Weg der bewaffneten Revolution zur Eroberung der politischen Macht und der Errichtung der Diktatur des Proletariats sein kann.